

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 269 · 23. JAHRGANG · AUSGABE 6/2017 VOM 23. MAI 2017 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

5 | **Der Zoo und
die Kinder in Jemen**
Spenden und Krieg

7-10 | **Radwege
in Eberswalde**
Schwerpunktthema Juni

14 | **Auf dem
Bitterfelder Weg**
Eine historische Betrachtung

Selbst erzeugte Straßenverkehrsprobleme

Selten gab es in Eberswalde so viel Kritik an Straßenbaumaßnahmen wie im letzten halben Jahr. Ursache dafür ist eine verschwenderische Politik im Eberswalder Rathaus und die Erkenntnis, die Eberswalder Bürger können sinnlose Straßenbaumaßnahmen verhindern (Beispiel Projekt Eichwerder Ring).



Gesprochen wird z.B. über die Baustelle in der Brunnenstraße, bei der ein Rohr unter die Straße verlegt werden soll. Das ist seit einem Jahr nicht gelungen!

Der Durchlaß wurde schon vor hundert Jahren gebaut. Damals ohne Computer, Bagger und fürstlich vergütete Beamte. Vielleicht sollte die »grünste Hochschule Deutschlands«, vor deren Haustür das Problem liegt, einen Auftrag erhalten zur Erforschung, wieviel Kraftstoff sinnlos beim Warten vor den Baustellenampeln verbrannt wird und wie hoch dabei der Gewinn ist, den das Finanzamt einstreicht.

Diese Lichtsignalanlage ist für den aus Richtung Spechthaus kommenden Verkehr der Auftakt einer Ampelkette, an deren Ende die Einmündung Brunnen-/Lessingstraße im Nachmittagsverkehr nach circa 10 bis 15 Minuten erreicht wird. Die außerörtliche Umleitung des Straßenverkehrs der Nord-Süd-Richtung, der nicht mehr über die Kreuzung Friedensbrücke abfließen kann, muß die Brunnenstraße passieren und sorgt für zusätzliche Wartezeit. Damit kommt es zum Stau in der Brunnenstraße. Vorgesehen war dieser Stau im Projekt Ausbau Friedensbrücke in der am 23. März vorgestellten Präsentation vom Straßenbauamt nicht.

Diese Situation wird noch durch die Bauarbeiten in der Rudolf-Breitscheid-Straße verschärft. Dadurch ist der Umfahungsweg Karl-Marx-Platz/Weinbergstraße gesperrt. Somit fließt während der Grünphase in der Weinbergstraße nur Anliegerverkehr ab.

Zum Hindernis ist auch die Friedrich-Ebert-Straße geworden. Durch deren Rückbau auf ein mittelalterliches Maß gibt es nun Kolonnenverkehr, dessen Geschwindigkeit oft vom Tempo des in Führung liegenden Radfahrers bestimmt wird, der aus Platzgründen nicht überholt werden kann. Regelmäßige Staus entstehen dort auch, wenn haltende Autos die Fahrbahn zustellen.

Durch die Umleitung des Nord-Süd-Verkehrs ergibt sich eine zusätzliche Belastung der auf eine Richtungsfahrspur reduzierten Heegermühler Straße. (vgl. unser Schwerpunktthema auf den Seiten 7 bis 10)

Es ist sinnvoll, wieder zwei Fahrspuren je Richtung zu nutzen, so wie es vor einem halben Jahr war. Damit wird das Staurisiko geringer und der Verbrauch von Kraftstoff und die damit verbundenen Emissionen von Lärm und Luftschadstoffen sinken. Das sollten die Grünprediger begreifen. Auch der neueste Vorschlag, einen Gutachter zu beauftragen, ist eine Geldverschwendung. Wie mit dem Anliegen der Bürger umgegangen wird, zeigt die Reaktion des Bürgermeisters Boginski (FDP) bei einer Einwohnerversammlung in Westend am 4. Mai. Der Bürgermeister sprach vom einstündigen selbst erlebten Stau in Potsdam und fand diesen nicht weiter wichtig. Das ist richtig, aber was will uns der Bürgermeister damit sagen? Will er Eberswalde an das Niveau von Potsdam heranführen und beim Stau damit anfangen?

Der Bürgermeister war dienstlich unterwegs. Dabei ist es schon die Grenze einer Frechheit, eine Stunde Stau im Dienstwagen, der von den Eberswalder Bürgern bezahlt wird, mit dem Stau auf der Heegermühler Straße zu vergleichen. Der Bürgermeister hat offensichtlich die Personen, die mit dem ÖPNV fahren, völlig vergessen. Diese haben ihren Fahrpreis bezahlt und erwarten eine pünktliche Beförderung, um gegebenenfalls am Bahnhof in einen der Pendlerzüge zu steigen. Vergessen hat der Bürgermeister auch, daß durch den Stau verlorene Zeit dem Obusfahrer bei der Pause an der Endhaltestelle fehlt. Dem Bürgermeister sind die Argumente für die unsinnigen Radstreifen in der Heegermühler Straße ausgegangen. Er ist in einen Rechtfertigungszwang geraten. Diese Verhaltensweise beeinflusst seine weitere Tätigkeit und läßt seine Nutzensfunktion für die Eberswalder Bürger fraglich erscheinen.

Dr. ULRICH POFAHL

Brandenburger Demokratie

Demokratiedefizite gibt es nur in anderen Ländern, will uns die Regierung Glauben machen, in Brandenburg funktioniere die verfassungsmäßige Gewaltenteilung vorbildlich. Wird hier wirklich dem Mehrheitswillen Rechnung getragen von einem Ministerpräsidenten, dessen Partei zuletzt nur von 15 Prozent aller Wahlberechtigten gewählt wurde? Die 52 Prozent Nichtwähler fühlten jedenfalls ihre Interessen von den sogenannten Volksparteien nicht mehr vertreten.

Besonders bei der Abwasserpolitik und ihrer Umsetzung wird deutlich, welche Demokratie-defizite es auch in Brandenburg gibt: Häusliches Abwasser ist kein teuer zu entsorgendes Umweltgift, wie man den Bürgern einzureden versucht, sondern ein Wertstoff, der im ländlichen Raum wie seit Jahrhunderten nachhaltig verwertet werden sollte, heute etwa zur Düngung nachwachsender Rohstoffe.

Nicht nachvollziehbar und schon gar nicht demokratisch ist es deshalb, Bürger im ländlichen Raum mittels Anschluß- und Benutzungszwang für die teure Überleitung ihres Abwassers in ortserferne Kläranlagen abzuzocken.

Bei diesem Brandenburger Abwasserkonzept stand der Umweltschutz nicht im Vordergrund, sondern eher die Interessen der Abwasserwirtschaft. Persönlich habe ich noch die Worte von Abgeordneten im Ohr: »Wir brauchen doch die Arbeitsplätze«. An dieser bereits Ende der Neunziger Jahre gescheiterten, weil zu teuren Abwasserpolitik halten ihre Befürworter aber offensichtlich bis heute fest. Zur weiteren Finanzierung wurden Altanschließerbeiträge erfunden, in rechtswidriger Weise erhoben, von finanziell nicht unabhängigen Gerichten legitimiert und nachhaltige Alternativen wie der Bau von Kleinkläranlagen durch die überdimensionierten Wassergesetze verhindert oder zumindest erschwert. So werden im Barnim Kleinkläranlagen nicht genehmigt, wenn kein Vorfluter vorhanden ist. Das geklärte Abwasser im Großklärwerk Schönerlinde darf dagegen in einem kilometerlangen Kanal wie in zigtausendfach aneinandergereihten Sickergruben zu einem großen Anteil ins Grundwasser gelangen.

Die Befürworter der teuren Abwasserpolitik haben in Bernau sogar einen laufenden Bürgerentscheid kommunalaufsichtlich verbieten lassen. Dabei wollten die Eigenheimer lediglich die zum Teil ruinösen Einmalbeiträge durch höhere jährliche Grundgebühren ersetzen. Was die Bürger von einem solchen Demokratieverständnis halten, wird sich spätestens bei der nächsten Wahl mit höherer Beteiligung zeigen.

Ein entscheidender Mangel unserer Demokratie ist neben dem zu großen Einfluß der Wirtschaft die fehlende Sachkompetenz bei vielen politischen Entscheidungen. Außerdem widersprechen dem Allgemeinwohl verpflichtete Fachleute außerhalb der Wirtschaft aus Angst um Job oder Karriere viel zu selten, so auch in Brandenburg bei der Abwasserpolitik.

Dr. VOLKER NITZSCHE, Biesenthal

Aufruf zum Widerstand:

Schluß mit den Abschiebungen im Barnim!

Demonstration am 8. Juni · 16.30 Uhr · Start: Bahnhof Eberswalde

Angst und Schrecken statt Schutz und Willkommen? In diesem Jahr sind im Landkreis Barnim zahlreiche Abschiebungen und Abschiebeversuche bekannt geworden. Menschen, die auf ihrer Flucht bei uns Schutz suchen, sollten sich sicher fühlen können. Doch viele der Flüchtlinge im Barnim haben Angst. Einige schlafen nicht mehr in ihren Zimmern, weil sie fürchten, in der Nacht aus ihren Betten geholt und direkt abgeschoben zu werden.

Am 3. April um 4 Uhr rissen Mitarbeiter der Barnimer Ausländerbehörde einen aus dem Tschad geflohenen Mann im Übergangswohnheim Bernau-Lobetal aus seinem Schlaf. Sie brachten ihn sofort zu einem Flugzeug nach Berlin, mit dem er nach Frankreich abgeschoben

wurde, wo ihm eine Abschiebung in den Tschad droht, einem der ärmsten Länder der Welt mit laut Amnesty International massiven Menschenrechtsverletzungen.

Diese Abschiebung sorgte bei den anderen Bewohnern des Heimes für große Angst, weil auch sie betroffen sein könnten. Ein anderer Mann aus dem Tschad sprang in Panik aus dem Fenster, stürzte durch ein Glasdach und zog sich dabei erhebliche Schnittverletzungen zu.

Wir fordern vom Barnimer Landrat Bodo Ihrke und der Leiterin der Barnimer Ausländerbehörde Ilka Zerche-Roch einen sofortigen Abschiebestopp. Schluß mit dem Klima der Angst!

Initiative Barnim für alle

Empfehlung des Kulturbeirates zum Antirassismuskonzept:

Ein umfassender Ansatz ist nötig

Von der Vielfalt der Unterschiedlichkeiten zum Reichtum der Möglichkeiten

Ein seit Jahren angedachtes Antirassismus-Konzept ist möglicherweise zu kurz ge-griffen für die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen und die veränderte Realität des täglichen Miteinanders.

Rassismus orientiert sich oft (nicht ausschließlich) an der Hautfarbe, ungeachtet einer staatsbürgerlichen Zugehörigkeit. Zuwandernde werden häufig als eine homogene Gruppierung wahrgenommen. Ihre vielfältigen Unterschiedlichkeiten wie ethnische Herkunft, Religion, Weltanschauung, sexuelle Identität oder Hautfarbe finden keine oder nur begrenzte Berücksichtigung. Vorhandene Integrationskonzepte betreffen auch lediglich Zuwandernde – die vielfältigen Unterschiedlichkeiten der aufnehmenden Region finden ebenfalls oft nur bedingte Wahrnehmung.

Zuwandernde wie Einheimische sollen durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz vor Diskriminierungen geschützt werden. Dafür gibt es diese gesetzliche Grundlage. Eine Gleichbehandlung und Gleichberechtigung ist auf alle gesellschaftlichen Gruppierungen anwendbar zu gestalten und anzuwenden.

Es fehlt jedoch eine lokal handhabbare Strategie und daraus ableitbare realisierbare Maßnahmen für den Umgang miteinander vor Ort. An dieser Stelle setzen Diversity-Konzepte an.

Das Wort »Diversity« steht für »Vielfalt« und beschreibt das Neben- und Miteinander unterschiedlicher Lebensweisen, Identitäten und Herkünfte. In der heutigen Wirklichkeit sind trotz aller Bemühungen und Rahmenbedingungen nicht alle Gruppierungen gleichbehandelt, sondern aus gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen oder anderen Gründen von Benachteiligungen betroffen. Benachteiligungen sind im alltäglichen Umgang, sprachlich, institutionalisiert oder strukturell zu finden. Das Konzept der Diversity geht über ein Antirassismus-Konzept hinaus und erkennt

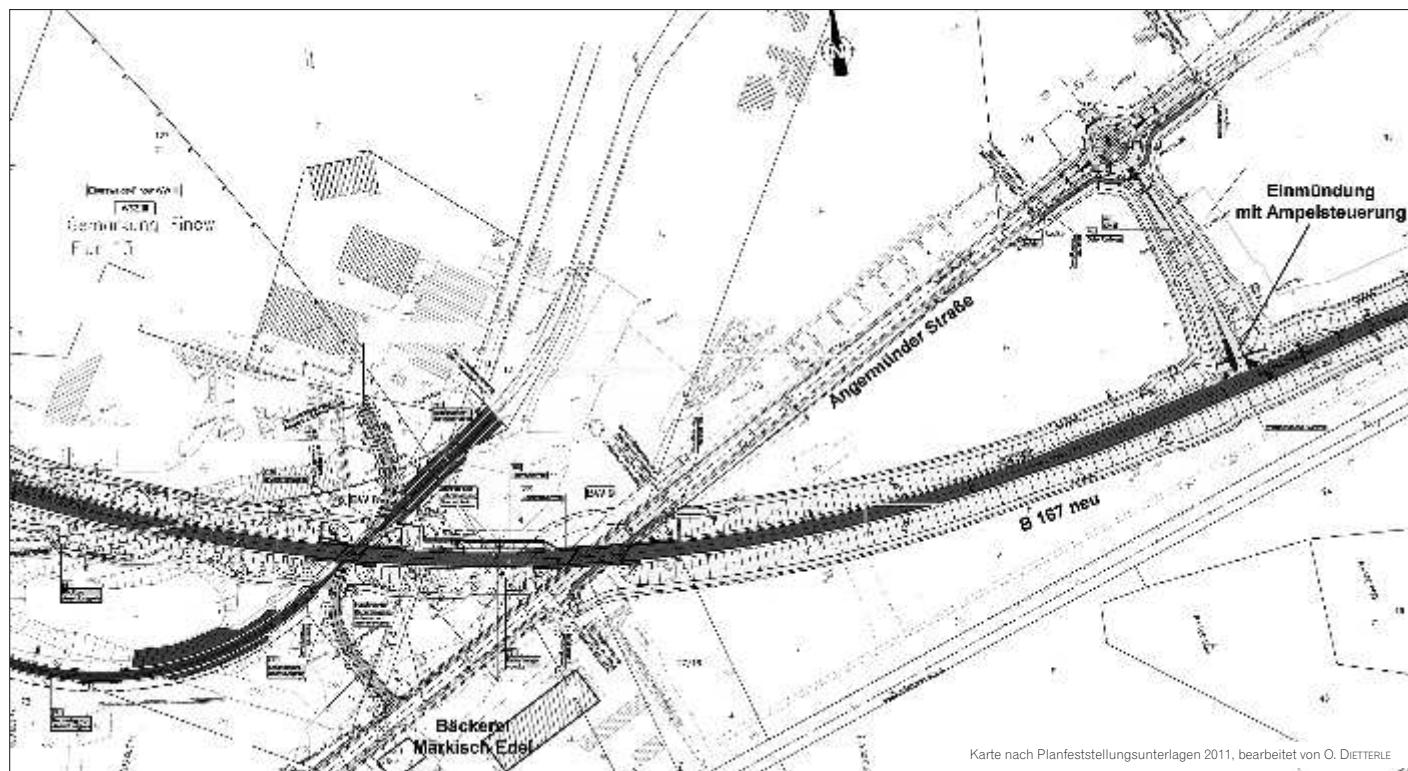
die Vielfalt und Unterschiedlichkeit von Menschen an. Ziel ist es, Vorurteilen, Diskriminierungen und anderen Benachteiligungen entgegenzuwirken und im Idealfall aufzuheben. Sensibilisierung für und eine Wertschätzung sowie Anerkennung von Vielfalt vergrößern den gesellschaftlichen Handlungs- und Ressourcenraum unter sich rasch verändernden, global beeinflussten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. So kann die Vielfalt der Unterschiedlichkeiten zu einem Reichtum der Möglichkeiten gestaltet werden.

Nach Beratung schlägt der Kulturbeirat deshalb vor, anstelle eines Antirassismus-Konzeptes dem Diversity-Ansatz zu folgen. Um schon in der Erstellung des Konzeptes eine möglichst umfassende Vielfalt sicherzustellen, soll eine Arbeitsgruppe aus Personen, Gruppen und Institutionen gebildet werden, die in der Stadt vorhandene Kompetenzen integriert. Beispielfähig ohne Anspruch auf Vollständigkeit nennen wir: Vertreter*innen von Flüchtlingsberatung JMP (Diakonie), Jugendmigrationsdienst / Kontakt e.V., MSO / PALANCA e.V., Dreist e.V., Vertreter*innen des Kultur- und Seniorenbeirates, Integrations-, Gleichstellungs- und Behindertenbeauftragte. Eine solche AG kann die Entwicklung und Gestaltung des Konzeptes begleiten. Für eine Erstellung sehen wir jedoch die Notwendigkeit einer externen Expertise, da Konzeptionen dieser Art schon durch die Vielfalt der zu berücksichtigenden potenziellen Gruppierungen, Inhalte und weiteren Rahmenbedingungen von hoher Komplexität geprägt sind.

ULRICH WESSOLLEK
im Auftrag des Kulturbeirates

Diese »B 167 neu« brauchen wir nicht!

Nachdem wir Sie in den vergangenen Ausgaben über die Streckenführung in den Abschnitten Kaiserwegbrücke bis Clara-Zetkin-Siedlung, Mäckerseebrücke bis Britzer Straße, den Knotenpunkt (KP) 1 und die Kreuzung Altenhofer Straße/B167neu informiert haben, stellen wir Ihnen in dieser Ausgabe den Knotenpunkt 4 vor. Dieser Knoten ist nach der Kaiserwegbrücke und der Autobahnabfahrt die erste Möglichkeit, die B167neu zu verlassen, um Ziele in Finowfurt, Finow und Eberswalde zu erreichen.



Karte nach Planfeststellungsunterlagen 2011, bearbeitet von O. DIETTERLE

Der Zeichnung können Sie entnehmen, daß die Verteilung der Verkehrsströme über einen neu zu errichtenden Kreis im Zuge der Angermünder Straße erfolgt. Es ist damit zu rechnen, daß der KP 4 in erster Linie von Fahrzeugen genutzt wird, deren Ziele unmittelbar an der Angermünder Straße und in den angrenzenden Gewerbegebieten liegen. Diejenigen Fahrzeuge, deren Ziele innerorts an der B167alt liegen, werden die Zufahrten Coppistraße, Dorfstraße und Altenhofer Straße zusätzlich stark belasten. Von entlastenden Maßnahmen ist jedenfalls in den Planungsunterlagen nichts zu lesen, denn der Planungsgegenstand ist ja ausschließlich die Bundesstraße selbst, nicht jedoch die Beurteilung und Lösung von Folgeproblemen.

Nicht ganz unwichtig ist neben dem zusätzlichen Lärm vor allen Dingen die Staubbelastung. Die geht uns alle an, besonders natürlich diejenigen, deren täglich Brot bei »Märkisch Edel« gebacken wird. Den Staub von der Straße mögen wir in unserem Brot genauso wenig wie den Staub von der erfolgreich verhinderten Müllverbrennung. Die »Frischlucht« für die Brotfabrik kommt zukünftig – siehe Grafik – direkt von der Hochstraße!

Der Grad der Belastung wird davon abhängen, wie viele Fahrzeuge die B167neu bis zum KP 4 wirklich nutzen, denn die günstigere Fahrtstrecke ist und bleibt – jedenfalls für den Verkehr aus Richtung Liebenwalde/Neuruppin – zweifellos die B167alt ab Kaiserwegbrücke. Die von den Anwohnern der Marienwerder

Straße in Finowfurt erhoffte Verringerung der Verkehrsbelastung nach Schließung der bisherigen Autobahnabfahrt wird deshalb nur gering sein und den dann dreifach weiten Weg zur und von der Autobahn kaum aufwiegen.

Der »Bund« geht davon aus, daß die B167neu die Hauptlast des Verkehrs von der Bundesautobahn 11 aufnehmen und Eberswalde »umgehen« soll. Untersuchungen zweier Verkehrsplanungsbüros haben jedoch bereits vor zehn Jahren festgestellt, daß 85 Prozent des gesamten Verkehrsaufkommens Quell- und Zielverkehr Eberswalde ist. Dieser Verkehr wird, ja muß, weiter die B167alt nutzen.

Verkehr aus Richtung Neuruppin benutzt schon heute kaum die Autobahn. Das spart nicht nur Kilometer sondern auch Maut-Gebühren! Verkehr aus Richtung Norden nutzt ohnehin die Ausfahrten »Werbllin« und »Chorin«. Verkehr aus Richtung Süden nach Eberswalde vermeidet den Umweg über das Dreieck Barnim und Finowfurt und verläßt die A10 in Blumberg. Autofahrer sind durchaus pfiffig und beweisen bereits jetzt, daß sie bessere Lösungen finden werden, als sich über diese B167neu zu quälen. Auch die Planer im Auftrag des Bundes wissen das alles – natürlich! Trotzdem halten sie an dem Vorhaben – gar als sogenannten vordringlichen Bedarf – immer noch fest.

Das können wir einfach nicht verstehen.

OSKAR DIETTERLE und
JOHANNES MADEJA

Mitentscheiden – unterschreiben

Beim Stadtfest in Eberswalde vom 16. bis 18. Juni sind wir an allen drei Tagen mit einer mobilen Sammlung für die beiden Volksinitiativen für faire Bürger- und Volksentscheide (vgl. BBP 5/2017) unterwegs.

Auf dem Stadtfest (das der Sache nach ein Straßenkulturfest ist) gibt es zwar einen Markt

der Möglichkeiten, dieser steht jedoch politischen Organisationen nicht offen – deshalb bleiben wir mobil.

Auch in Eberswalde öffnen wir die Herzen zaudernder Unterschriftenzweiflerinnen und -zweiflern mit unserer bewährten, unübersehbaren fulminanten Funkelfahne.

JÖRG PREISENDÖRFER

Dieser Ausgabe der »Barnimer Bürgerpost« liegen in Teilen der Auflage die **Unterschriftenlisten für die beiden Volksinitiativen bei**. Die ausgefüllten Listen können an die Redaktion (Adresse siehe Impressum) zurückgeschickt werden. Wir werden die Listen an das Bündnis »Wir entscheiden mit« weiterleiten. Mehr Informationen im Internet auf www.wir-entscheiden-mit.de.

Mini-Kita im Jugendclub

»Nur vorübergehende Notlösung«

Kita-Plätze sind knapp in Eberswalde. Besonderen Bedarf gibt es bei der Integration von Kindern aus Flüchtlingsfamilien. In Zusammenarbeit mit dem Landkreis Barnim hat der Internationale Bund (IB), der seit anderthalb Jahren als Träger des Jugendclubs Stino in Westend agiert, daher im Club eine Eltern-Kind-Gruppe eingerichtet. In dem 30-Wochenstunden-Angebot für 3 bis 6-Jährige stehen zehn Plätze zur Verfügung. Bislang werden drei deutsche und vier Kinder aus Syrien, Eritrea und Afghanistan betreut. Bis Juni sollen alle Plätze belegt sein.

Bedauerlicherweise spiegelt der Beitrag »Platz genug für alle« (MOZ, 20./21.5.2017) über den Jugendclub Stino in Westend die Sachlage äußerst einseitig, von den Fakten her verschwommen und damit irreführend wider. Die Leser erhielten eine völlige Fehlinformation. Die konkrete Position von Stadtverordneten wurde nicht deutlich. Es wurde der aktuelle Stand der Diskussion zur Problematik überwiegend entsprechend dem Wunschdenken einiger Beteiligter artikuliert.

Der Titel hieße besser in Kenntnis der realen Sachlage »Eine vorübergehende Notlösung für alle«. So jedoch wird rein emotional und meinungsbildend die Rechtmäßigkeit dieses Kompromisses suggeriert. Es gibt einen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung von 2015, der nicht aufgehoben wurde und nach dem das Gebäude vollständig für den Jugendclub zur Verfügung zu stellen ist. In dem Beitrag wird die Meinung der Vertreter des IB undifferenziert und falsch als entscheidungsrelevant dargestellt. Sicher steht dem IB zu, intern unter Beteiligten Befragungen durchzuführen und Meinungen zu äußern. Aber weder der IB noch die Jugendlichen treffen solche weitreichenden Entscheidungen.

In der Junisitzung des Ausschusses für Soziales, Bildung, Kultur und Sport werde ich die Problematik unter den genannten Gesichtspunkten erneut thematisieren und die in Aussicht gestellte Alternativvariante terminlich konkret hinterfragen, damit nicht unkorrekter Weise Hoffnungen geweckt werden, die man auch deshalb nicht erfüllen kann, weil z.B. andere politische Kräfte schon jetzt wegen mangelnden Angebotes einen weiteren Jugendclub in Stadtmitte fordern.

Dr. ILONA PISCHEL, Bündnis Eberswalde

Das ist zum Kotzen!

Wenn es in einem Lied heißt: »Glaubt ihr, die Russen wollen Krieg?«, antwortete ich immer mit einem überzeugten NEIN. Daß nun schon wieder deutsche Soldaten vor den Grenzen Rußlands drohend stehen, das ist für uns Deutsche beschämend und nicht nur zum Heulen, sondern zum Kotzen! Das sagt die rote Oma.

ELISABETH MONSIG, 93 Jahre alt

Mieterhöhungen in der WHG:

Boginski drückt sich vor Stellungnahme

Eberswalde (bbp). Auf eine Entschuldigung von Bürgermeister Friedhelm Boginski wartete Albrecht Triller in der Hauptausschußsitzung am 18. Mai vergeblich. Der Finower hatte sich gegen Boginskis Äußerung in der Einwohnerversammlung in Finow am 2. Mai verwahrt, seine »Unwahrheiten und Halbwahrheiten« würden auch »durch die ständige Wiederholung nicht wahrer«. Solche Abwertungen von Bürgermeinungen stünden dem Bürgermeister nicht zu.

Albrecht Triller betont, daß es ihm in erster Linie darum gehe, Antworten auf die von ihm angesprochenen Fragen zu Problemen von Eberswalder Bürgern zu bekommen. Er verwies auf seinen offenen Brief an den Bürgermeister (BBP 4/2017), in dem er Boginski aufforderte, daß dieser als Gesellschaftervertreter und Aufsichtsratsvorsitzender der städtischen Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft (WHG) wegen der drastischen Mieterhöhungen auf Grundlage des IX. Mietspiegels aktiv zu werden. »Bestandteil meines Schreibens«, so Triller, »waren auch Vorschläge für Ergänzungen zum Gesellschaftsvertrag zur Gewährleistung der sozialen Verpflichtung der WHG gegenüber ihren Mietern«. Dazu hatte Boginski im Hauptausschuß am 20. April erklärt, »daß derzeit nicht vorgesehen ist, hierzu erneut tätig zu werden, da bereits eine ausführliche Behandlung der Thematik erfolgt« sei. Zum offenen Brief äußerte sich Boginski jedoch nicht. Auf der Einwohnerversammlung in Finow lehnte Boginski brüsk ab, sich zu den drastischen Mieterhöhungen, wie

beispielsweise im Karl-Marx-Ring von über zehn Prozent, zu äußern.

»Mit dieser Ihrer Haltung«, so Triller, »werden Sie Ihren Verpflichtungen als Bürgermeister dieser Stadt, als Gesellschaftervertreter der Stadt für die WHG und als Aufsichtsratsvorsitzender der WHG nicht gerecht«. Nachfragen zum Thema ließ Boginski als Vorsitzender des Hauptausschusses nicht zu.

Ähnlich war der Umgang mit Anfragen des sachkundigen Einwohners Gerd Markmann im Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen am 11. Mai. Die erbetene Stellungnahme des WHG Aufsichtsratsvorsitzenden und Gesellschaftervertreters Boginski »zu den aktuellen Mieterhöhungen der WHG und zu den weit über den IX. Mietspiegel hinausgehenden Mietpreisforderungen bei Neuvermietungen« sowie »allgemein zur Mietpreispolitik der WHG« und deren Verhältnis zu »den im Gesellschaftsvertrag festgeschriebenen Regeln einer gemeinnützigen Wohnungswirtschaft« unterblieb. Vielmehr hatte der Bürgermeister den Geschäftsführer der WHG Hans-Jürgen Adam vorgeschickt, der nichts dazu sagen konnte, welche Stellung sein Chef bezieht. Adam äußerte sich sehr umfangreich zur aktuellen Geschäftslage, widersprach vehement Vermutungen, daß sich die WHG in einer wirtschaftlichen Zwangslage befindet und rechtfertigte die Mieterhöhungen als gesetzlich zulässig.

Mehr zur Mietpreispolitik in Eberswalde im Schwerpunktthema der Juli-Ausgabe.

Der Erste Mai in Bernau



Foto: THOMAS TOBLER

Auf der Maifeier in Bernau wandte sich der Hauptredner gegen die zu niedrigen Renten, die in Deutschland im Schnitt unter 50% des Einkommens aus dem Arbeitsleben liegen. Ebenso sind Abschlüsse wegen Frühverrentungen und andere Gründe, welche Beschäftigte frühzeitig aus dem aktiven Arbeitsleben drängen, ungerecht, da alle, die für Rentenpunkte einzahlen, dies gleichsam mit ihrer Arbeitsleistung tun. Vor der Podiums-Diskussion der beiden Kandidaten zur nächsten Wahl wurde noch vor 12 Uhr die EASTSIDE FUN CREW für ihre Auftritte bejubelt.

THOMAS TOBLER

Erster Mai in Eberswalde



Foto: GERD MÄRMANN

Eberswalde (bbp). Hauptthemen der Eberswalder Mai-Kundgebung waren die Insolvenzen bzw. Werksschließung beim Eberswalder Bahnwerk und dem Windradproduzenten Senvion in Trampe. Betriebsräte gehörten neben Gewerkschaftsfunktionären zu den Rednern, die vor den rund 250 Kundgebungsteilnehmern das Wort ergriffen. Zahlreiche gewerkschaftliche und politische Gruppen waren mit Infoständen auf dem Marktplatz präsent. Für den kulturellen Rahmen sorgte u.a. die Band CARLY PERAN mit Rockmusik vom Feinsten sowie die Tanzmäuse und -mäuschen des Eberswalder Karnevalvereins.

Finowkanal und Gefahrenabwehr

Eberswalde (bbp). Der Finowkanal ist ein Fließgewässer, dessen Wasserstand über die Wehre und die Schleusen reguliert wird. In der aktuell seitens des Bürgermeisters favorisierten Variante der Übernahme der Schleusen in kommunale Trägerschaft bei gleichzeitigem Verbleib des übrigen Finowkanals in der Trägerschaft des Bundes, teilt sich auch die Verantwortlichkeit für die Wasserstandsregulierung. Eine mangelhafte Wasserstandsregulierung kann zum einen den Hochwasserschutz gefährden und zum anderen in Trockenperioden zu einer übermäßigen Absenkung des Grundwasserspiegels führen mit gravierenden Auswirkungen auf die Standfestigkeit vieler Bauwerke in der Innenstadt, die in grundwassernahen Bereichen oft auf Holzpfählen errichtet worden sind.

In diesem Zusammenhang bat Carsten Zinn von der Fraktion ALTERNATIVES WÄHLERBÜNDNIS EBERSWALDE um die Beantwortung folgender Fragen, auf die Bürgermeister Friedhelm Boginski (FDP) in der Stadtverordnetenversammlung am 27. April antwortete:

1. Wer ist nach Umsetzung der o.g. Variante für die Messung der Pegel und für die Regulierung des Wasserstandes verantwortlich?

Antwort: Der Bund ist für die Wasserhaltung und die Regulierung des Wasserstandes verantwortlich.

2. Wie wird gewährleistet, daß in kritischen Situationen (z.B. Fehlfunktion eines Wehres oder außergewöhnliche Witterungsereignisse – passiert 2 bis 3 Mal im Jahr) eine abgestimmte Betätigung der Schleusen erfolgt?



Foto: Jürgen Gramzow

Antwort: Es wird im Vorfeld eine schriftliche Vereinbarung geschlossen, wie in diesem Fall zu verfahren ist und es werden in dieser Vereinbarung Ansprechpartner auf beiden Seiten benannt. Im Havariefall hat der Bund bestimmte Möglichkeiten, da es weiterhin eine zentrale Steuerung und Überwachung der Wehre in der Außenstelle Zehdenick gibt.

3. Wer haftet für Schäden, die infolge von Hochwasser oder Grundwasserabsenkung entstehen?

Antwort: Für Schäden infolge von Hochwasser oder Grundwasserabsenkung haftet derjenige, der seiner Pflicht nicht nachkommt. Hier müßte gegebenenfalls eine gerichtliche Überprüfung erfolgen.

Der Zoo und die Kinder in Jemen

Eberswalde (bbp). Am 1. Juni steht in der Stadtverordnetenversammlung unter anderem die »Annahme von Sachspenden für den Zoologischen Garten Eberswalde« auf der Tagesordnung. Dabei geht es um Spenden in Höhe von 75.000 Euro, die allesamt vom VEREIN DER FREUNDE UND FÖRDERER DES ZOOLOGISCHEN GARTENS EBERSWALDE e.V. kommen. Dieser Verein läßt dem Eberswalder Tierpark in jedem Jahr Sachspenden in ähnlichen Größenordnungen zukommen. Natürlich ist der eigentliche Spendengeber nicht der Verein selbst. Vielmehr gibt dieser die von ihm vereinnahmten Spenden lediglich weiter.

Damit umgeht der Verein das von den Stadtverordneten nach der Spendenaffäre um den 2006 abgewählten Bürgermeister beschlossene Transparenzgebot. Die Vereinsgründung erfolgte im Juni 2006. Zum vertretungsberechtigten Vorstand gehören laut Internetauftritt des Vereins Heike Richnow, Wolf-Rüdiger Forth und Henri Bohtz. Bürgermeister Friedhelm Boginski ist wie auch Landrat Bodo Ihrke und Tierparkdirektor Dr. Bernd Hensch Ehrenmitglied.

Von wem die Spenden tatsächlich stammen, erfahren im Normalfall weder die Öffentlich-

keit noch die Stadtverordneten. Aktuell gibt es eine Ausnahme, die in den örtlichen Medien für eine Schlagzeile sorgte. Dabei ging es um Spielgeräte für den achten Spielplatz im Eberswalder Tierpark. Dafür gab es Spenden in Wert von 10.000 Euro von der Botschaft der Vereinigten Arabischen Emirate (VAR). Tierparkdirektor Dr. Hensch und Bürgermeister Boginski (FDP) strahlten vor Freude, kann man lesen.

Was beim Jubeln nicht zur Sprache kam ist die Tatsache, daß die Vereinigten Arabischen Emirate derzeit nicht nur Geld für Spielgeräte in Eberswalde ausgeben, sondern ganz direkt an der völkerrechtswidrigen Militärintervention in Jemen beteiligt sind. Seitdem sich im März 2015 die von Saudi-Arabien angeführte Militärallianz in die inneren Auseinandersetzungen in Jemen einmischte, starben mehr als 10.000 Zivilisten. Etwa 3 der 26 Millionen Einwohner wurden vertrieben, knapp 7 Millionen dem Hunger ausgesetzt. Mehr als zwei Millionen Kinder in Jemen sind mangelernährt, 500.000 von ihnen droht der Hungertod.

Der Kontakt zur VAR-Botschaft war über den Stadtverordneten Martin Hoeck (FDP) zustande gekommen.

Waldsportanlage:

Starkes Zeichen für Finow

Der Stadtteilverein Finow e.V. begrüßt die Pläne der Stadt Eberswalde, die Waldsportanlage zu einem modernen Sportpark für Finow zu entwickeln und auszubauen. Dies ist ein starkes Zeichen für Finow und insbesondere für alle Finower. Der Vorschlag der Verwaltung geht von drei Ausbaustufen (Basisvariante, Zusatzvariante und Masterplan) aus. Basis- und Zusatzvariante können unmittelbar in Angriff genommen werden. Die erforderlichen finanziellen Mittel sind im Haushalt berücksichtigt und stehen damit zur Verfügung.

Der Masterplan muß entsprechend des Vorschlags der Verwaltung weiterverfolgt werden. Nur mit dem Masterplan kann die Waldsportanlage zu einem generationsübergreifenden Treffpunkt entwickelt werden. Wie die Verwaltung in ihrer Beschlusvorlage zur Stadtverordnetenversammlung ausführt, beinhaltet die Basisvariante alle notwendigen Anlagen für den Schulsport und die Sportangebote des auf der Waldsportanlage tätigen Vereins. Bei der Zusatzvariante kommen eine Pumptrackanlage für Skater und Biker sowie eine kleine Boulderanlage hinzu. Außerdem ist die Herstellung eines verbindenden Gehwegs, einer ausreichenden Einzäunung, die Vergrößerung des Platzes vor dem Sportfunktionsgebäude mit dem Bau eines Kinderspielplatzes sowie die Ergänzung des Waldrundlaufs durch einen Niedrigseilgarten und einen Bereich für Calisthenics vorgesehen. Der Masterplan umfaßt zusätzlich eine Seniorensportanlage, eine erweiterte Boulderlandschaft sowie einen Parcours.

Bei einer Begrenzung auf die Basisvariante würde eine große Chance für die Zukunft von Finow vertan. Die Attraktivität von Finow hängt auch von den Betätigungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche ab. Erst die Zusatzvariante bietet weitere Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche, an denen es derzeit in Finow leider erheblich mangelt. Es sollte im Interesse aller sein, Kindern und Jugendlichen sinnvolle Freizeitangebote zu unterbreiten.

Letztlich bietet einzig der Masterplan ein Sportangebot für alle Altersklassen unabhängig vom Vereinssport. In Zeiten des demographischen Wandels und zunehmendem Individualsport sind entsprechende Angebote für die Lebensqualität von steigender Bedeutung. Der Masterplan garantiert eine nachhaltige Nutzung der Waldsportanlage und erhöht als Generationstreffpunkt die Anziehungskraft des Stadtteils Finow. Wir rufen daher alle Verantwortlichen und alle Finower auf, sich für die Realisierung der Zusatzvariante und Weiterverfolgung des Masterplans einzusetzen.

VIKTOR JEDE, Stadtteilverein Finow e.V.

Mit einer positiven Stellungnahme meldete sich auch der Verein »Young Rebels« zu Wort, der den Scaterpark am Jugendclub »Am Wald« betreibt (siehe: www.maxe-eberswalde.de/anzeige.php?nr=3201704261).

Angst ums Abendland

Autorengespräch mit Daniel Bax

Seit viele der nach Europa geflüchteten Menschen aus muslimisch geprägten Ländern kommen, verschärft sich der antimuslimische Diskurs in Deutschland. Dabei sind die Debatten oft von Unwissen und Klischees geprägt. Rechtspopulistische Parteien wie die »Alternative für Deutschland« und Bewegungen wie PEGIDA nutzen die Abneigung gegenüber dem Islam als Treibstoff.

Aber Vorurteile gegenüber Moslems und ihrer Religion sind in allen Schichten und über alle politischen Lager hinweg verbreitet – in ganz Europa. Der Journalist Daniel Bax zeigt mit seinem Buch »Angst ums Abendland«, wie die übersteigerte Angst vor Moslems rechtspopulistische Strömungen und totalitäre Denkweisen stärkt. Mit ihm sprechen wir über Islamfeindlichkeit in Deutschland. Wie kann rationale Religionskritik vom Ressentiment unterschieden werden? Welche Stereotype und Vorurteile bestimmen die Debatte gegenüber Musliminnen und Muslimen? Wie kann der Islam Teil einer demokratischen Einwanderungsgesellschaft sein?

Daniel Bax, ist Redakteur im Inlandsressort der »tageszeitung« und schreibt zu den Themen Migration, Integration und Islam. Er studierte Publizistik und Islamwissenschaft und gehört seit 2014 dem Vorstand des Vereins »Neue Deutsche Medienmacher« an, der sich für mehr Vielfalt in den deutschen Medien einsetzt. 2015 erschien sein erstes Buch »Angst ums Abendland. Warum wir uns nicht vor Muslimen, sondern vor den Islamfeinden fürchten sollten«.

Datum: Dienstag, 30. Mai, 20 Uhr

Veranstaltungsort: Kultur im Bahnhof e.V. (KiB) Bahnhofplatz 1, 16359 Biesenthal

Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenfrei, um eine Anmeldung wird zu Planungszwecken per Mail unter anmeldung@boell-brandenburg.de gebeten.

REBECCA RUFF,

Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg

Eine Veranstaltung im Rahmen des Projektes »CUCHA - Cultural Challenges. Fairness und Verantwortung in unseren Kommunen« der Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg in Kooperation mit dem Bürgerbündnis Angermünde.

Auf den Müll!

Tonnenweise werden täglich Lebensmittel abgekippt. Müll-Container werden noch von Obdachlosen nach Eßbarem durchwühlt. Durch übermäßige Verpackung entstehen Müllberge und verunreinigte Gewässer. Bodenschätze werden vergeudet. Das Einzige was unbedingt auf die Müllkippe verschwinden muß, ist die brutale, inhumane Ausbeutergesellschaft. Ohne Kapitalismus wird unsere Welt Platz und Nahrung für alle Menschen haben! Dafür zu kämpfen ist eine ehrenvolle Aufgabe

ELISABETH MONSIEG

Rathausneubau in Bernau:

Weitere Preissteigerung

Die Warnungen der Fraktion BVB/Freie Wähler in der Stadtverordnetenversammlung Bernau zum Rathaus-Neubau bewahrheiten sich. Kurz nach dem verlorenen Bürgerentscheid, aber noch vor Baubeginn, mußte die Bernauer Stadtverwaltung eine weitere Preissteigerung von 900.000 Euro einräumen. Mittlerweile liegen die Baukosten somit bei 16,7 Millionen Euro, zuzüglich 1,4 Millionen Euro Kaufpreis für das Grundstück.

Bemerkenswert: Die Preissteigerung wird mit Maßnahmen wie »Leitungsverlegungen« und »detaillierte Planungen« begründet – alles Dinge, die bereits zuvor bekannt waren oder zumindest bekannt sein mußten.

Die Fraktion BVB/Freie Wähler kritisiert diese Wählertäuschung aufs Schärfste. Vor

dem Bürgerentscheid wurden alle unsere Warnungen, daß es zu weiteren Kostenerhöhungen kommen könnte, vehement zurückgewiesen. Nun zeigt sich: Die Kostenspirale dreht sich weiter. Dabei wurde der Bau nicht einmal begonnen, ja nicht einmal der Bauantrag wurde gestellt.

Wir fordern daher: Die baubegleitende Arbeitsgruppe muß ihren Aufgabenschwerpunkt verlagern. Angesicht drohender Zusatzkosten in Millionenhöhe müssen jetzt Wege der Einsparung und preiswerter Alternativen in der konkreten Gestaltung gesucht werden. Zugleich wird die Stadtverwaltung aufgefordert, endlich Kostenklarheit walten zu lassen: Wieviel wird der Neubau noch kosten?

PÉTER VIDA

Kein neuer Ortsteil im Bernauer Süden

Gespräch mit Dr. Dagmar Enkelmann, Vorsitzende der Linksfraktion in Bernau

Angeregt durch den Stadtverordneten Andreas Neue (Bündnis für Bernau) hat kürzlich eine Diskussion zur Neugründung eines weiteren Ortsteiles in Bernau begonnen. Nach seiner Vorstellung sollen sich die Wohngebiete Gieses Plan, Nibelungen und Bernau Süd zu einem neuen Ortsteil zusammenschließen. CHRISTIAN REHMER befragte dazu die Vorsitzende der Fraktion Die Linke in der Stadtverordnetenversammlung Bernau Dr. DAGMAR ENKELMANN:

Wie steht die Fraktion der Linken in Bernau zu der Frage, weitere Teile von Bernau als Ortsteile auszuweisen?

Ortsteile sollten aus unserer Sicht relativ abgeschlossene Gebiete mit eigenständigem Entwicklungsprofil sein. Da käme lediglich noch die Waldsiedlung in Frage. Vor vielen Jahren gab es da mal einen Vorstoß, aber leider hat sich bis heute dort keine Initiativgruppe gefunden. Originäre Stadtteile jetzt in Ortsteile umzuwandeln, davon halten wir nicht viel.

Gleichwohl sollte die Frage einer Interessenvertretung, wenn von den Anwohnerinnen und Anwohnern gewollt und nicht von außen aufgedrückt, diskutiert werden. Das könnten Stadtteilbeiräte sein. Ebenso wichtig ist die Einrichtung von Kieztreffs und Dialogangebote der Verwaltung. Als Fraktion sind wir selbst mit öffentlichen Sprechstunden und im Sommer mit Sprechstunden unter freiem Himmel unterwegs.

Sollten Ortsteile nicht ursprünglich ehemals selbständigen Gemeinden ein besseres Gehör in der vergrößerten Stadt verschaffen? Was würde sich ändern, wenn nun immer einzelne Stadtteile zu Ortsteilen werden?

Nicht alle unserer Ortsteile sind ehemals selbständige Gemeinden. Wichtig war für uns, daß sich ehrenamtliches Engagement für einen Ortsteil von unten entwickelt und die Bereitschaft da ist, Forderungen nicht nur in Richtung Verwaltung zu definieren, sondern selbst tätig zu werden. In einer so rasant wachsenden Stadt wie Bernau, mit neuen großen Wohngebieten, mit Herausforderungen an infrastrukturelle Entwicklung usw., wird wichtig sein, wie die Bürgerinnen und Bürger in Entscheidungen einbezogen werden. Dazu müssen wir uns – Stadtverordnetenversammlung und Stadtverwaltung – mehr Gedanken machen.

Parlamentarische Fahrt in den Kiez

Eberswalde (bbp). Das Städteforum Brandenburg hat am 8. Juni zu einer »parlamentarischen Fahrt« in die Städte Eberswalde und Fürstenwalde mit den Bundes- und Landespolitikern aus der Region eingeladen. Dabei soll es insbesondere um die Thematik »Soziale Stadt« gehen. Unter den Teilnehmer befindet sich unter

anderem Kathrin Schneider, Ministerin für Infrastruktur und Landesplanung. Für Eberswalde ist hierbei hauptsächlich der Besuch des Brandenburgischen Viertels vorgesehen. Bürgermeister Friedhelm Boginski (FDP) teilte am 27. April auf der Stadtverordnetenversammlung mit, daß Baudezernentin Anne Fellner und Sozialreferentin Barbara Bunge den Besuch seitens der Stadt »intensiv vorbereiten«.

Ziel der »parlamentarischen Fahrt« sei, an diesem Tag, »mit breiten Bevölkerungsschichten ins Gespräch zu kommen und die Parlamentarier auf die Situation vor Ort hinzuweisen«.

Barnimer Bürgerpost abonnieren!

Telefon: 0 33 34 / 35 65 42

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

Eine lange Geschichte

Ortsumgehung sollte Heegermühler Straße entlasten und Platz für Radwege schaffen

Seit Anfang der 1990er Jahre steht eine als »Umgehungsstraße« bezeichnete neue Linienführung der B167 auf der Agenda der Stadtplaner und des Landesbetriebs für Straßenwesen. Mit durchaus unterschiedlichen Interessen.

Bund und Land wollen eine möglichst direkte und durchgehende Verbindung zwischen der Autobahn A11 und der polnischen Grenze. Die Stadt Eberswalde will hingegen ihre innerstädtischen Verkehrsprobleme lösen.

Dem hätte der sogenannte »Eberswalder Schwung« entsprochen mit einer Autobahnanbindung südlich Finowfurt, entlang des Flugplatzes (für diesen damit zugleich Verkehrsanbindung), südlich Finow und schließlich dem Schwenk zwischen Finow-Ost und dem Brandenburgischen Viertel nach Norden zum Oder-Havel-Kanal. Die weitere Verkehrsführung sollte dann parallel zum Kanal verlaufen, wie das auch die aktuelle Variante vorsieht.

Doch dieser »Eberswalder Schwung« erwies sich als bald als Illusion. Das damalige Landesamt, heute Landesbetrieb, als Sachwalter der Interessen von Bund und Land bestand auf der sogenannte Nordvariante für die B167 neu und die Verantwortlichen in den beteiligten Kommunen knickten als bald ein.

Wann oder ob überhaupt diese Umfahrung von Finowfurt und Eberswalde tatsächlich Realität wird, steht in den Sternen bzw. »unter Finanzierungsvorbehalt«. Zudem gibt es erhebliche Widerstände (BBP 3-6/2017, Seite 3).

Als 2008 die Eberswalder Stadtverordneten den bis 2020 konzipierten Verkehrsentwicklungsplan beschlossen, gingen sie von der optimistischen Variante aus, daß diese B167 neu zumindest im ersten Bauabschnitt bis 2020 realisiert wird. Auf die damit verbundene Hoffnung, daß dadurch das Verkehrsaufkommen entlang der B167 alt sinkt, bauen auch die nachfolgenden Konzeptionen auf, darunter das »Umsetzungsorientierte Radnutzungskonzept«.

Umsetzungsorientiert heißt, daß die einzelnen umzusetzenden Maßnahmen in der Schublade bereitliegen für den Fall, daß durch Förderprogramme, Projekte des Landesbetriebs oder sonstige Anlässe die Chance einer Fremdfinanzierung besteht. Eine solche Gelegenheit bot sich 2016 mit der Errichtung des Westendcenters. Der Investor war an einer Verkehrsanbindung interessiert und bereit, hierfür auch entsprechende Finanzmittel bereitzustellen.

Der Bedarf an einer eigenen Zufahrt mit Ampelregelung machte den Vorhabensträger großzügig. Die Stadtverwaltung stellte die vorbereitete Maßnahmeplanung zur Verfügung, nach der dann verfahren wurde. Und das, obwohl die ursprüngliche Voraussetzung – eine Verkehrsentlastung durch die sogenannte Umgehungsstraße oder einer alternativen Verkehrslösung (wie z.B. dem Ausbau des Lichterfelder Wegs) – falls überhaupt, im günstigsten Fall in fünf Jahren, zur Verfügung stehen kann. Für die Stadtverordneten, die den viele hun-



Foto: Guido Penz

dert Seiten umfassenden Plänen für das Westendcenter einstimmig zustimmten, weil sie eine Verbesserung der Nahversorgung in Westend für dringend notwendig hielten, kann nun vorgehalten werden, daß dort ja auch die Pläne für die Änderungen der Verkehrsführung in der Heegermühler Straße enthalten waren. Wer jetzt dagegen auftritt, erscheint als Depp, weil er das Kleingedruckte und die Details in Anlage 7 des Bebauungsplans damals übersah.

Erste Wortmeldungen, die auf die längst beschlossenen Planungen verwiesen, gab es schon im Herbst, als erste Kritik an dem angeordneten Chaos laut wurde. Die Öffentlichkeit war in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt (ABPU) am 11. Oktober 2016 informiert worden. Da gab es schon die provisorisch markierte separate Linksabbiegerspur zum Westendcenter, welche den Verkehr in Richtung Finow auf eine Spur zwängte.

Bis Ende Oktober waren die Markierungen gemalt und die chaotische Verkehrsführung wurde manifest. Die Nutzung der neuen Radspur blieb marginal. Für den Autoverkehr folgte aus der Einengung auf jeweils eine Spur jedoch Chaos und ein erhöhtes Unfallrisiko.

Die Hoffnung auf den Gewöhnungseffekt erwies sich als trügerisch. Als die regionale Tageszeitung Anfang April über einen »einsamen Kampf gegen den Radstreifen« berichtete (MOZ, 07.04.2017), rief das eine regelrechte Flut von Wortmeldungen, meist mit vehementer Kritik an der neuen Verkehrsführung, hervor.

Der Erkenntnis, daß der Kampf gar nicht so »einsam« ist wie es schien, folgten erste Bemühungen, eine Bürgerinitiative (BI) ins Leben zu rufen. Ein erster Versuch dieser BI, einen Fraktionsantrag zu initiieren, mit dem die Rückgängigmachung der neuen Verkehrsführung in der Heegermühler Straße erreicht werden sollte, mißlang mangels entsprechendem Interesse der angesprochenen Fraktionen. Per Indiskretion erfuhren auch Stadtverwaltung und Presse von dem Versuch, der damit endgültig zum Scheitern verurteilt war.

GERD MARKMANN

Unfähigkeit der Macht

Die einschneidenden Änderungen der Verkehrsführung in der Heegermühler Straße haben mehrere Autoren so beeindruckt, daß sie den Hergang und die Hintergründe dieser unverständlichen Maßnahme aus unterschiedlichen Perspektiven näher untersucht haben. Fleißig und akribisch analysierten sie Abläufe, allgemein zugängliche Dokumente und veröffentlichte Meinungen, um das rätselhafte Vorgehen der Obrigkeit zu begreifen. Vielen Dank für eure große Mühe und die Zeit, die ihr für das Vorhaben verwendet habt. Ihr konntet zeigen, daß man mit Beharrlichkeit und journalistischen Mitteln schwer verständliche, sich wechselseitig bedingende Abläufe in komplexen Organisationen aufhellen kann. Der aufmerksamen Leserin und dem aufmerksamen Leser erschließen sich in den Texten merkwürdige und befremdliche Vorgänge bei der Lösung einfachster Probleme. Aus der gut gemeinten und von vielen unterstützten Absicht, die Bedingungen für den Fahrradverkehr in Eberswalde zu verbessern, entstand auf dem demokratischen Weg durch die Instanzen eine unverständliche und gefährliche Verkehrsführung auf einer der wichtigsten Straßen in Eberswalde mit weitreichenden Folgen.

Ausgehend vom eigenartig verschwurbelt formulierten Ziel und vorgeschobenem Geldmangel verlieren sich durch Ignoranz und Dummheit vor aller Augen wichtige Informationen in den ermüdenden Prozeduren und es verkehrt sich der Sinn der vielen Arbeit. Statt durch ständige Vorsicht und gegenseitige Rücksichtnahme Probleme im Straßenverkehr zu lösen, entstehen zusätzliche Aufwendungen, Gefahren und Frust. Da sich ohne Gesichtsverlust Entscheidungen nicht revidieren lassen, wird die Verantwortung herumgereicht. Nun sollen es Experten richten.

Die dargestellten Abläufe in der Verwaltung erscheinen als übermäßig organisierte Vorgänge in schlecht geführten, zu groß geratenen Organisationen mit unbeschränktem Haftungsausschluß.

Die kollektive Unfähigkeit der Mächtigen befremdet uns. Es wird Zeit, das zu ändern.

Dr. MANFRED PFAFF

Bürgerinitiative in Gründung

Eberswalde (bbp). Derzeit sammeln sich die Kritiker der neuen Verkehrsführung in der Heegermühler Straße mit dem Ziel, eine Bürgerinitiative zu organisieren, die den Protest gegen die neue Verkehrsführung in der Heegermühler Straße bündelt. Diese stellt nach Auffassung der Gründungsinitiative auch für Radfahrer keine Förderung dar, behindert aber in beträchtlichem Maß allen anderen Verkehr einschließlich des Obus-Verkehrs. Neben der Rückgängigmachung der Fahrspurreduzierung müsse daher auch das Radnutzungskonzept überarbeitet werden. **Kontakt per eMail: radwege@alternative-eberswalde.de**

Dort kann man unter dem Kapitel »Ziel Radnutzungskonzept Eberswalde« folgende geheimnisvolle Zeilen finden. Zunächst wird aus einem Verkehrsentwicklungsplan die Weisheit übernommen, daß »ein deutlich höheres Potential für die Nutzung des Fahrrades besteht als Verkehrsmengen ermittelt wurden«. Nach Erkenntnissen der Administration fahren die Eberswalder nicht ausreichend mit dem Rad, um sogleich zu folgern: »Ursache ist das Fehlen eines durchgehenden Radverkehrsnetzes sowie eine entsprechend attraktive Radinfrastruktur.« Natürlich freuen sich die Radfahrer über viele gute Wege, Wegweiser und ab und an einen Biergarten. Was ist ein durchgehendes Radverkehrsnetz und wieso soll sein Fehlen Ursache wofür sein? Wann ist ein Radverkehrsnetz wo mit wem durchgegangen?

Vielleicht sollte das Radverkehrsnetz durchgängig sein. Im folgenden Absatz blitzen Absichten hervor. »Das allgemeine Ziel ist die Erhöhung des Radverkehrsanteils am Gesamtverkehrsaufkommen.« Bisher nicht erwähnte motorisierte Fahrer sollen umsatteln. Genannt werden noch Gründe für die Förderung des Radverkehrs. Unter dem Punkt Ausgangslage ste-

Auf der Grundlage von Verkehrsentwicklungsplan (VEP), Luftreinhalteplan (LRP) und Lärmaktionsplan (LAP) aus dem Jahr 2008 wurde festgestellt, »daß ein deutlich höheres Potential für die Nutzung des Fahrrades besteht als Verkehrsmengen ermittelt wurden. Ursache ist das Fehlen eines durchgehenden Radverkehrsnetzes sowie eine entsprechend attraktive Radinfrastruktur« (Radnutzungskonzept Eberswalde 2015). Ziel ist daher, den Radverkehrsanteil am Gesamtverkehrsaufkommen zu erhöhen und damit sowohl eine alternative Alltagsmobilität als auch den Klimaschutz zu fördern.

Damit war die Stadt Eberswalde der allgemeinen Auffassung gefolgt, daß Radfahren nicht nur die Gesundheit des Radfahrenden fördert, sondern angesichts eines gestiegenen Ressourcenverbrauchs, der zunehmenden Feinstaubproblematik und des mit der wachsenden Verkehrsdichte angestiegenen Lärms als umweltschonende und stadtverträgliche Mobilitätsart gelten darf.

Bei der Erstellung des Radnutzungskonzeptes waren auch ausdrücklich die Bürger Eberswaldes zur Beteiligung ermuntert worden. Auf einer Online-Plattform gingen innerhalb von zwei Monaten 382 Hinweise von 182 Bürgern ein. Daraus erarbeitete die Stadt Eberswalde mit Unterstützung durch das Planungsbüro RVK ein Radnutzungskonzept, um »das Radfahren in Eberswalde langfristig attraktiver und sicherer zu gestalten«. Im Zielnetzplan 2030 werden die Radwegverbindungen in drei Kategorien unterteilt (Radschnellverbindung, Radhauptverbindung sowie Verdichtungs- und Freizeitverbindung) und die entsprechenden Maßnahmen zur Umsetzung skizziert. Am 25. Juni 2015 stimmten die Stadtverordneten ein-

Geheimnisvoll und konfus

Einschneidende Änderungen der Verkehrsführung in der Heegermühler Straße, insbesondere die neuen Radwege auf den vormals zweispurigen Fahrbahnen, führten zu anhaltenden Diskussionen über das Eberswalder Radnutzungskonzept vom Mai 2015.

hen erhellende Mitteilungen: »Eine Herausforderung stellen die hohen Verkehrsbelastungen und fehlende Radverkehrsanlagen, insbesondere an Bundes- und Landesstraßen dar«. Und: »Zu berücksichtigen ist, daß durch den prognostizierten Bevölkerungsrückgang sowie des sich veränderten Mobilitätsverhaltens eine Abnahme der Kfz-Belastung zu erwarten ist.« Deutlicher werden die Absichten auf Seite 46 im letzten Kapitel: »... daß eine signifikante Steigerung des Radverkehrsanteils nur zu erreichen ist, wenn eine Umverteilung der aktuellen Verkehrsflächen vom Kfz-Verkehr auf den Radverkehr erfolgt. Eine Beschneidung der Flächen von Fußgängern ist dabei unbedingt zu vermeiden.«

Natürlich gibt es gute Gründe zur Förderung des Radverkehrs. In Eberswalde ist auch viel erreicht worden. Ein überregionaler Radweg mit guter Infrastruktur entlang des Finowkanals wird rege genutzt. Vorbildliche Radwege

begleiten sanierte Straßen. Das Radverkehrsnetz in der Stadt läßt trotzdem Wünsche offen. Insbesondere die Erreichbarkeit des Bahnhofs und der Stadtteile untereinander bleibt problematisch. Oft sind es kleinere Abschnitte oder Fahrradstellplätze, die sofort Verbesserungen schaffen würden.

Unsere Leser würden gerne wissen, welche konzeptionellen Ziele die Stadt Eberswalde wirklich verfolgt. Ihr Radnutzungskonzept wirkt konfus und unsystematisch. Ohne konkrete Ziele lassen sich Maßnahmen schlecht koordinieren. Diskussionen bleiben ineffektiv. Engagement verpufft. Interessengruppen streiten sich. Zuweilen entsteht solch grotesker Unsinn, wie in der Heegermühler Straße.

Oder soll es doch der demographische Wandel oder das Land Brandenburg richten? Das bleibt ein Geheimnis.

Dr. MANFRED PFAFF

Ziel ist eine radfahrfreundliche Stadt

Die Radschutzstreifen in der Heegermühler Straße sind derzeit Thema der Leserbriefspalten. Die Argumente sind meist contra: Die Schutzstreifen würden wenig genutzt und viele nutzten weiter den Gehweg. Sie wirkten überdimensioniert und seien eine Verkehrsraumverschwendung für eine Radfahrerlobby. Und wer schon mal auf so einem Streifen von einem LKW überholt wurde, der wisse, wie gefährlich das sei.

stimmig für das umsetzungsorientierte Radnutzungskonzept und beauftragten die Stadtverwaltung mit der Umsetzung.

Aus der Presse war schon lange vorher der ungefähre Termin zu erfahren (MOZ, 29.12.2015). Aber schon kurz nach der Umsetzung der Schutzstreifen im Oktober 2016 hagelte es Unverständnis für die hinzunehmenden Einschränkungen. Zuletzt wurde eine Beschlußvorlage vorbereitet mit dem Ziel, die derzeitigen Schutzstreifen rückgängig zu machen und das Radnutzungskonzept zu überarbeiten. Während die Stadtverwaltung schon ein Verkehrssicherheitsaudit in Aussicht gestellt hat, das die bisherigen Maßnahmen überprüfen soll, erscheint es sehr sonderbar, wie und worüber hier überhaupt diskutiert wird.

Die Kommentatoren kommen meist nicht zu dem Schluß, wie es anders kostengünstig gehen soll. Die wenigsten von ihnen sind selbst mit dem Rad unterwegs. Eine konstruktive Atmosphäre und Vision für eine fahrradfreundliche Stadt ist kaum erkennbar. Für mich stellt dieses Verhalten wie auch die Leserbriefe, die ein Bemühen um alternative Lösungen nicht erkennen lassen, eine mangelnde Akzeptanz des Fahrrades als gleichwertiges Fortbewegungsmittel dar.

Die Rückkehr zum gemeinsamen Fuß- und Radweg ist wegen der nicht durchgängig zu erfüllenden Voraussetzungen gemäß der gültigen allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Straßen-

verkehrsordnung innerorts keine Lösung. Denn dazu wäre eine lichte Breite (befestigter Verkehrsraum mit Sicherheitsraum) von mindestens 2,50 m erforderlich (§4, Abs. 4, S. 2). Ganz abgesehen von den parkenden Autos und den im Winter nicht oder nur unzureichend geräumten Wegen.

Die Zahl der Radfahrer wird künftig steigen. Davon zeugen solche Projekte wie die Fahrradmitnahme in Obussen oder die »Mobilitätsdrehscheibe Bahnhof«, wo bis 2030 ein Mehrbedarf von 250 Fahrrad-Stellplätzen gesehen wird. Daher sollte gemeinsam überlegt werden, was benötigt wird, um aus Eberswalde die fahrradfreundliche Stadt zu machen, die sie sein möchte. Angesichts von zu vielen Kraftfahrzeugen auf unseren Straßen inklusive des damit einhergehenden Ressourcenverbrauchs, der wachsenden Feinstaubproblematik und des mit dem Verkehr angestiegenen Lärms lohnt es sich vielleicht, über Carsharing, Fahrgemeinschaften oder überhaupt über Alternativen zum Kraftfahrzeug nachzudenken. Das könnte zum Beispiel auf vielen Strecken innerorts das Fahrrad oder auch ein Lastenrad sein. Immerhin, so sagt es ja auch das Radnutzungskonzept, gilt das Fahrrad »als preisgünstiges, flexibles Verkehrsmittel für jedermann und bringt insbesondere für Entfernungen von bis zu 5 Kilometern zeitliche Vorteile gegenüber dem motorisierten Individualverkehr«.

FABIAN WULF

Grundsatzfragen anpacken

Das eigentliche Problem liegt darin, daß es keinen Konsens geben kann zwischen den Erfordernissen einer ökologischen Verkehrsplanung einerseits und der aktuellen Stadtplanung und -gestaltung andererseits. Der Vorschlag, ganz andere Führungen der Radwege zu suchen als entlang der B167alt, ist allerdings ein Ansatz, der in die richtige Richtung geht.

Spätestens seit Planungsbeginn B167neu und der Erarbeitung des Verkehrsentwicklungsplanes mußte der Radverkehr im Zusammenhang mit einer Entlastung der innerstädtischen Straßen vom Kfz-Verkehr gesehen werden. Aber das Gegenteil ist geschehen. Der Bandstadtcharakter von Eberswalde hat sich weiter verstärkt. An der Peripherie entstehen neue Wohngebiete. Entlang der B167alt wachsen neue Märkte aus der Erde und verstärken den Start- und Zielverkehr in Eberswalde. Hin-

zu kommt die Zunahme der sogenannten Pendler, die vor allem zum und vom Bahnhof die B167alt befahren. Dagegen kann auch die B167neu nichts ausrichten.

Und blickt man über die Stadtgrenzen hinaus, dann sieht man auch den Zusammenhang von Zentralisierung in allen Bereichen einerseits und der Verödung der zentrumsfernen Regionen andererseits in Verbindung mit Verkehrszunahme. Und das alles, obwohl eigentlich Regionalisierung angesagt ist.

Kann es unter solchen Bedingungen radfahrerfreundliche Lösungen geben? Jede »Lösung« ist immer nur eine Lösung für eine bestimmte Interessengruppe. Entweder pro Radfahrer oder pro Autofahrer oder pro ÖPNV. Solange nicht die Grundsatzfragen angepackt werden, ist alles nur ein Hornberger Schießen.

ALBRECHT TRILLER

Eberswalder Radwege im Winter.

Häufig dienen sie als Lagerplatz für die Schneemassen, die von Straßen und Gehwegen geräumt werden wie in der Eisenbahnstraße nahe der Sparkasse. Nicht viel anders sah es auf dem neuen Radschutzstreifen in der Heegermühler Straße aus. Schließlich muß der Schnee, den die Schneepflüge von den Straßen schieben, irgendwo bleiben.

FOTO: GERD MARKMANN



Sicher, zügig und bequem

Von der Verwaltung wird unsere Stadt oft als fahrradfreundlich gepriesen, aber da ist noch viel zu tun, um dieses Prädikat zu verdienen.

Radwege und -streifen enden abrupt, z.B. Freienwalder/Gertraudenstraße, Breite/Jüdenstraße, Schönholzer/Weineck-Str. oder am Krankenhaus. Wie soll sich der Radler in den fließenden Verkehr einordnen? Ich kenne keine Kreuzung, an der sichere Spuren für Linksabbieger geschaffen wurden, denn Einordnen ist bei Existenz von Radwegen nicht gestattet.

Manche Ampeln schalten nicht automatisch für Radler und Fußgänger, nur nach Knopfbetätigung (Michaelis-/Eisenbahnstr.). Wer das nicht weiß, steht ewig. Überhaupt – wieviel unterschiedliche Ampelsysteme haben wir in Eberswalde für Radfahrer?

Seit Jahren fehlt eine Lösung für den Radverkehr auf der B167 in Höhe Wolfswinkel. Auf dem schmalen Streifen bei der hohen Bordsteinkante ist kein Ausweichen möglich, wenn 40-Tonner mit 50 Stundenkilometer und mehr haarscharf auf der Trennlinie vorbeirauschen. Warum wird der Fuß-/Radweg-Abchnitt zwischen Feuerwache und Eisenspaltrei nicht in beiden Richtungen freigegeben (gemeinsamer Fuß-/Radweg mit Zeichen 240 und 205)? Zumindest solange, bis der Neubau erfolgen kann. Innerstädtisch kann man den kaum begangenen Weg nur mit Augenzwinkern be-

zeichnen. Außerdem ließen die Ergänzungen zur StVO vom 17.7. und 1.9.2009 Spielraum für die Erhöhung der Sicherheit. Eine »sichere Querungsmöglichkeit der Fahrbahn« wäre mit dem Zebra-Streifen an der Feuerwache und an der Ampel Eisenspaltrei gegeben.

Schon 2008 wurde im Eberswalder Verkehrsentwicklungsplan die Freigabe von Einbahnstraßen als »prinzipiell möglich« angegeben. Aber bis heute ist in den großen Wohngebieten keine Entscheidung getroffen worden.

Auch wurden »stärkere Berücksichtigung der Radverkehrsbedürfnisse«, die »Vermeidung von Umwegen«, als Grundsätze für die Radverkehrsbedingungen festgelegt. Es wurde auch in Betracht gezogen, daß dies nur erreicht werden kann, »wenn Flächen des Kfz-Verkehrs beschnitten werden und der Radverkehr mittels Schutzstreifen auf der Fahrbahn geführt wird«. Warum gibt es so widersprüchliche Angriffe auf die Radstreifen in Westend? Der Grundgedanke entspricht doch der Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer. Entscheidend für die Durchlaßfähigkeit ist bekanntlich die engste Stelle. Die B167 ist überwiegend zweispurig. So entstehen die Staus an anderer Stelle.

Für eine fahrradfreundliche Stadt müßten folgende Bedingungen für den Radverkehr bestimmend sein: sicher – zügig – bequem.

KURT BERUS

So tun als ob

Das »durchgehende Radverkehrsnetz« ist ein zentraler Begriff im »Umsetzungsorientierten Radnutzungskonzept der Stadt Eberswalde« und ein Widerspruch in sich selbst. Ein »Netz« besteht aus Knoten, die miteinander verbunden sind. Je engmaschiger diese Verbindungen sind, desto durchgängiger ist dieses Netz insgesamt. Das Eigenschaftswort »durchgehend« hingegen steht für eine Direktverbindung von A nach B, die zwischenliegende Knoten möglichst umgeht. Beispiele sind die *Roten Telefone*, die auf den Tischen der Präsidenten der USA und Rußlands stehen (oder standen), die ICE-Verbindung von Berlin nach Hamburg oder die geplante B167neu, mit der die Knoten Finowfurt und Eberswalde umgangen werden sollen. Eine solche durchgehende Verbindung hat dann bestenfalls »Anbindungen« an das übrige Netz.

Warum aber findet sich dieser Widerspruch im Radnutzungskonzept wieder? Ist es nur eine Nachlässigkeit in der deutschen Sprache? War vielleicht »durchgängig« gemeint?

Die Antwort gab Baudezernentin Anne Fellner in ihrer Antwort auf eine Anfrage im Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen (BBP 5/2017). Sie schrieb: »Priorität bei der Umsetzung der Maßnahmen des ... Radnutzungskonzeptes haben die ... Radschnellverbindungen und einige Radhauptverbindungen. Diese befinden sich vorrangig ... im Zuständigkeits- und Baulastbereich des Landesbetriebes Straßenwesen«.

Das Wort »durchgehend« bildete demnach bloß das Vehikel, um die Priorität der »Radschnellverbindungen« zu begründen, die allesamt entlang der Bundesstraßen in der Baulast des Landesbetriebs geplant wurden.

Das spiegelt sich auch im Haushaltsplan 2017/18 wider. Die dort geplanten Eigenmittel für Radweg-Neubau belaufen sich pro Jahr hochgerechnet auf ca. 7.500 €. Hinzu kommen noch Mittel, die innerhalb von Straßenmaßnahmen veranschlagt sind, wie die Markierungen in der Rudolf-Breitscheid-Straße. Letzteres ist übrigens keine Maßnahme des Radnutzungskonzeptes und kostet circa 15.000 €.

Das eigentliche Leitbild des Radnutzungskonzeptes ist also: Wir wollen möglichst so tun, als ob wir was für den Radverkehr tun – dafür aber so wenig eigenes Geld wie möglich ausgeben. Folge davon sind dann solche Fehlentscheidungen wie in der Heegermühler Straße.

Dabei sind Alternativen möglich, die dann allerdings die Stadt auch mehr Geld kosten. Für mögliche kurze Verbindungen zwischen den bestehenden Knoten, die abseits von den verkehrsüberlasteten Hauptstraßen verlaufen, enthält auch das Radnutzungskonzept zahlreiche Vorschläge – nur haben die keine Priorität. Manchmal müßten nur Schilder aufgestellt werden, an anderen Stellen sind Baumaßnahmen nötig. Doch dafür steht im Haushalt der Stadt Eberswalde kein Geld zur Verfügung.

GERD MARKMANN 9

Wer ist verantwortlich?

Die Zuständigkeit für Änderungen in der Verkehrsführung innerhalb des Stadtgebiets liegt bei der Stadt Eberswalde als untere Straßenverkehrsbehörde. Auch die Verantwortung für die Stadtentwicklungsplanung einschließlich der Planung des Verkehrs liegt bei der Stadt Eberswalde. Das ist vergegenständlicht in den diversen Konzepten wie dem Verkehrsentwicklungskonzept von 2008 und dem Radnutzungskonzept von 2015.

Der Landesbetrieb für Straßenwesen muß bei all dem angehört werden und hat ggf. das Recht, Einspruch zu erheben. Dann kommt das Land als obere Straßenverkehrsbehörde ins Spiel. Denn letztlich obliegt es dem Landesbetrieb als Bauträger, die von der Stadt als Verkehrsbehörde angeordneten Maßnahmen umzusetzen und zu finanzieren.

Ausgaben für Radwege

Die Kosten »der geplanten und perspektivischen Maßnahmen« des Radnutzungskonzeptes betragen 13,1 Millionen Euro.

Der kommunale Anteil für die Gemeindestraßen beträgt 48 % oder 6,3 Millionen Euro, Anteil von Land und Bund für die Bundes- und Landesstraßen beträgt 52 % oder 6,8 Millionen Euro. Für einen Zeitraum von 15 Jahren bedeutet dies ein jährliches Budget in Höhe von 870.000 € (Bund/Land: 450.000 €, Eberswalde: 420.000 €). (Radnutzungskonzept, Seite 45)

Bei Maßnahmen an Gemeindestraßen, für deren Finanzierung die Stadt Eberswalde zuständig ist, kann oftmals auf Förderprogramme zurückgegriffen werden.

Im Haushaltsplan 2017/2018 sind laut Auskunft von Baudezernentin Anne Fellner Maßnahmen für ca. 75.000 € geplant, davon 33.750 € Fördermittel. In die ca. 41.250 € Eigenmittel für zwei Jahre sind auch 15.000 € für kleinteilige Maßnahmen im Rahmen der Straßenunterhaltung und für die Ausbesserung des Treidelwegs enthalten, mithin Maßnahmen zur Erhaltung und nicht zur Umsetzung des Radnutzungskonzeptes. Alles zusammen genommen gibt Eberswalde pro Jahr weniger als 1 Euro pro Einwohner aus.

Im konkreten Fall wäre es schön, wenn für Radfahrer tatsächlich mehr Möglichkeiten geschaffen würden. Aber wenn das nur zu Lasten des Kfz-Verkehrs geht, entstehen neue und möglicherweise größere Probleme. Für viele Menschen ist es schlicht unmöglich, einfach mal so vom Auto auf das Fahrrad umzusteigen.

Warum beispielsweise gibt es so viele Pendler? Es wird doch kaum ein menschliches Bedürfnis sein, 50 oder 100 km zur Arbeit zu fahren. Da läuft doch irgendwas falsch.

Durch die geänderte Verkehrsführung in der Heegermühler Straße wurden die Mängel des Radnutzungskonzeptes offenbar. Nun sollte natürlich erst einmal der Murks, der infolge des Konzeptes realisiert wurde, rückgängig gemacht werden. Das kann aber nur der erste Schritt sein. Notwendig ist eine Überarbeitung des Radnutzungskonzeptes insgesamt, zumal

Radverkehr gemeinsam entwickeln

So steht es unter dem »Nationalen Radverkehrsplan 2020« des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, dem nachfolgende Auszüge entnommen wurden. Daraus ließen sich Leitbilder für ein Radverkehrskonzept für Eberswalde ableiten.

Die Förderung des Radverkehrs kommt allen Menschen zugute, auch denjenigen, die überwiegend das Auto nutzen oder zu Fuß gehen. Radverkehr ist wegen des geringen Flächenverbrauchs eine besonders stadtverträgliche Form der Mobilität und trägt zu einer Belebung der Stadt- und Ortsteilzentren bei. Radverkehr muß als wichtiger Teil des Verkehrsgeschehens ein Element einer integrierten Verkehrs- und Mobilitätspolitik sein. Die Förderung des Radverkehrs kann auch einen Beitrag zur Lösung verschiedener gesellschaftlicher Herausforderungen leisten wie Gesundheit, besseres Klima und Sicherung der Mobilität im Alter. Eine sichere, bedarfsgerechte und komfortable Radverkehrsinfrastruktur ist wichtigste Grundlage für die Förderung des Radverkehrs. Zusätzlich müssen auch Öffentlichkeitsarbeit, Kommunikation und Serviceleistungen auf allen Ebenen stärker angeboten und initiiert werden.

Wesentliche Grundvoraussetzung des Radverkehrs sind durchgängige und vor allem alltagstaugliche Radverkehrsnetze, die alle wesentlichen Quell- und Zielpunkte verbinden.

Radverkehrsnetze sind in sich konsistent und frei von Barrieren zu gestalten. Radverkehrsanlagen müssen angemessen dimensioniert werden.

Den Belangen des Radverkehrs hinsichtlich Sicherheit, Komfort und Schnelligkeit ist angemessen Rechnung zu tragen und auf dieser Grundlage entsprechend der finanziellen Möglichkeiten die fahrradfreundliche Gestaltung des gesamten für den Radverkehr nutzbaren Wegenetzes zu erreichen.

Bei der Planung der Radverkehrsnetze müssen die jeweiligen Bedürfnisse der unterschiedlichen Nutzergruppen berücksichtigt werden. Unter Umständen ergibt sich daraus die Notwendigkeit verschiedener Streckenführungen für unterschiedliche Nutzergruppen. Zu einem erhöhten Komfort und einer Verminderung von Zugangshemmnissen zum Radverkehr tragen sichere Abstellmöglichkeiten bei. Alternative Lösungen zum Bau von Radverkehrsanlagen an schwach belasteten Straßen werden immer wichtiger. Eine durchgängige und einheitliche Wegweisung ist zweckmäßig und dient auch der Werbung für den Radverkehr.

Weitergehende Dienstleistungen, wie mobile Navigation und Reparaturservice, Fahrradleasing, Lademöglichkeiten, Fahrradmitnahme im ÖPNV oder Luftpumpstationen machen die Nutzung des Fahrrades zusätzlich attraktiv.

M.P.

Zukunftskonzepte fehlen

Zu viele Krafffahrzeuge, die unsinnig Energie verbrauchen und Feinstaub und Lärm erzeugen, sind Folge der gegenwärtigen kapitalistischen Produktionsweise. Nicht zu letzt angesichts fehlender Zukunftskonzepte für unsere Gesellschaft ist es trotzdem wichtig, schon innerhalb der gegebenen Produktionsweise etwas gegen die lebensbedrohenden Folgen selbiger zu tun. Nur muß man dabei berücksichtigen, daß die Lösung des einen Folgeproblems an anderer Stelle zu neuen Folgeproblemen führt.

hier an grundlegender Stelle – nämlich beim Leitbild – Änderungsbedarf besteht. Es fehlt eine positive Leitbildformulierung. Auf das Leitbild des »durchgehenden Radverkehrsnetzes« kommt man nur im Negationsmodus.

Die zugrundeliegenden Formulierungen in Luftreinhalteplan und Lärmaktionsplan, beide im Zusammenhang mit dem Verkehrsentwicklungsplan 2008 beschlossen, lauten vollständig, daß es an einem »durchgehenden und engmaschigem Radverkehrsnetz« fehle. Die Eigenschaft »engmaschig« wurde im Radnutzungskonzept vom Mai 2015 – aus welchen Gründen auch immer – unterschlagen.

Davon abgesehen ist ein nicht durchgehendes Netz faktisch gar kein Netz. Damals waren aber möglicherweise bloß Begriffe verwechselt worden. Die Formulierung »durchgängig und engmaschig« würde viel mehr Sinn machen.

Was ist der Unterschied zwischen durchgehend und durchgängig?

Durchgehend ist eine Verbindung, wenn man auf ihr möglichst direkt und ungestört von Punkt A zu Punkt B gelangt. Anknüpfungen zu

zwischenliegenden Quellen oder Zielen beeinträchtigen eher diese durchgehende Verbindung. Autobahnen oder Intercity-Züge haben deshalb möglichst wenig Abfahrten bzw. Haltepunkte.

Durchgängig sind Verbindungen, wenn möglichst viele Knoten miteinander verbunden sind und dadurch ein Netz entsteht. Je enger dieses Netz ist, desto durchgängiger und leistungsfähiger ist es. Ein engmaschiges und damit durchgängiges Netz führt letztlich auch zu durchgehenden Verbindungen.

Das umgekehrte Herangehen, erst einmal zentral durchgehende Radverkehrsverbindungen zu definieren und zu präferieren, führt hingegen zu unvorteilhaften Streckenführungen, beispielsweise entlang der Hauptverkehrsstraßen, und verhindert eher ein durchgängiges und engmaschiges Radverkehrsnetz.

Das derzeitige Radnutzungskonzept präferiert das zentralistische Herangehen. Eine Überarbeitung dieses Konzeptes erscheint daher als dringend notwendig.

GERD MARKMANN

Schorfheide gibt dem Grün eine Chance

Die Vorwürfe von Herrn Oppermann in der Ausgabe 4/2017 der Barnimer Bürgerpost, die Gemeinde Schorfheide würde Bäume »totpflegen«, weise ich entschieden zurück.

Der am 20. März durchgeführte Beschnitt der Eiche im Marienwerderweg erfolgte aufgrund einer Festlegung während einer Baumschau, die gemeinsam mit einem Mitarbeiter der Unteren Naturschutzbehörde durchgeführt wurde. Dabei wurde ein Kronen-Entlastungschnitt festgelegt, weil die Stand- und Bruchstabilität des Baumes aufgrund von Befall mit EICHENFEUERSCHWAMM, einem Pilz der SIMULTANE WEIßFÄULE verursacht, gefährdet ist. Das Ziel dieser Maßnahme bestand darin, den Baum noch einige Jahre zu erhalten und dennoch die notwendige Verkehrssicherheit zu gewährleisten.

Zur ganzen Wahrheit gehört übrigens auch die von der Unteren Naturschutzbehörde getroffene Feststellung, daß für die Eiche aufgrund ihres Zustandes eine Fällung mehr als gerechtfertigt wäre. Die Entscheidung zum Kronenschnitt zeigt somit, daß die Gemeinde Schorfheide daran interessiert ist, dem Grün in der Kommune größtmögliche Chancen einzuräumen. Daran werden auch die schlagzeilenträchtigen Behauptungen von Herrn Oppermann nichts ändern. So ist seine Aussage, daß die Untere Naturschutzbehörde den Schnitt als nicht fachgerecht und außerhalb des zulässigen Zeitfensters bezeichnet hat, schlichtweg falsch.*

Landeszuweisungen viel zu niedrig:

Barrierefreie Straßenbahnen und Obusse

Nach Informationen der Landesregierung und eigenen Berechnungen der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen werden Brandenburg (Havel), Cottbus und Frankfurt (Oder) vom Land in diesem und den zwei Folgejahren 1,366 Millionen Euro; 1,438 bzw. 1,507 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Potsdam erhält in der Summe 2,1 Millionen Euro, Barnim 520.200, Märkisch-Oderland 776.700 und Oder-Spree 1,291 Millionen. Die genannten Kreise bzw. kreisfreien Städte stehen vor der



Foto: Jürgen Grawitzow

Die Obusse im Bestand der Barnimer Busgesellschaft weisen viele Mängel auf (z.B. Anfälligkeit im Winter), gelten als Niederflrbusse jedoch bereits jetzt als barrierefrei.

Im Gegenteil: Sämtliche geplante Baumschnittmaßnahmen in der Gemeinde Schorfheide, und dazu gehört auch der jüngste Beschnitt der drei Linden in der Klandorfer Dorfstraße, erfolgten und erfolgen in Abstimmung und mit Erlaubnis der Unteren Naturschutzbehörde und entsprechen damit sämtlichen rechtlichen Bestimmungen. Insofern ist auch die Wortwahl von Herrn Oppermann, der von einem »Tathergang« spricht, zurückzuweisen, da diese eine kriminelle Handlungsweise der Gemeinde unterstellt.

Abschließend ist zu bemerken, daß es sich bei dem Baumschnitt an der Eiche im Marienwerderweg keineswegs um einen Gefälligkeitsdienst handelte, da aufgrund der vorhandenen Unterlagen in der Verwaltung und der Verfahrensweise in den vergangenen Jahren davon auszugehen war, daß der Baum in der Straßenbaulast der Gemeinde steht. Eine mittlerweile durchgeführte detaillierte Vermessung hat ergeben, daß der Baum in privater Verantwortlichkeit steht. Wie bereits erwähnt, war die Gemeinde hier jedoch zur Verkehrssicherungspflicht im öffentlichen Raum tätig geworden.

UWE SCHOKNECHT
Bürgermeister Gemeinde Schorfheide

* Vgl. hierzu den Beitrag von Kurt Oppermann »Baumschutzregeln ohne Wirkung« in BBP 5/2017. Hier hatte der Autor auf »die inzwischen vorliegende Stellungnahme« der Unteren Naturschutzbehörde Bezug genommen.

Mammutaufgabe, ihre Straßenbahnen und Obusse bis 2022 so umzustellen, daß man barrierefrei ein- und aussteigen kann. Für die Straßenbahn sind dafür Niederflrbusse anzuschaffen.

Es ist höchste Zeit, daß die Barrierefreiheit endlich Realität wird. Zugleich ist deutlich geworden, daß die jeweiligen Verkehrsunternehmen diese Investitionen – Schätzungen zufolge 170 Millionen Euro bis 2030 – nicht alleine aufbringen können. Die Zuschüsse der Landesregierung sind hier mehr als unterdimensioniert.

Unsere Fraktion hatte sich in den Haushaltsverhandlungen für den Doppelhaushalt 2017/18 für deutlich höhere Landeszuschüsse für den barrierefreien ÖPNV eingesetzt. 2017 sollten laut unserem Haushaltsantrag dafür 10 Millionen Euro zur Verfügung stehen, 2018 20 Millionen. Die Anträge wurden jedoch von der rot-roten Landtagsmehrheit abgelehnt.

Nach dem Gesetzentwurf von Rot-Rot sollen in der Summe für 2017 und 2019 zwei Millionen und für 2018 fünf Millionen zur Verfügung stehen, die unter den Städten und Kreisen aufzuteilen sind.

MICHAEL JUNGCLAUS

Fahrradklima-Test

Seit dem 19. Mai sind die Ergebnisse des ADFC-Fahrradklima-Test online. Bis zum 30. November 2016 konnten auch die Einwohner Eberswaldes die Fahrradfreundlichkeit der Stadt bewerten. In Eberswalde nahmen nur 140 Teilnehmer teil (das Ergebnis ist so wohl nicht als repräsentativ zu betrachten). Trotzdem hier die Gesamtbewertung 3,8 (Schulnotensystem: 1=fahrradfreundlich, 6=nicht fahrradfreundlich). Damit erreicht Eberswalde bundesweit in der Stadtgrößenklasse unter 50.000 Einwohner den Rangplatz 193 von 364 und im Land in seiner Stadtgrößenklasse den Rangplatz 18 von 23. Im Vergleich zu 2014 gab es eine leichte Verschlechterung, allerdings wurde die gute Erreichbarkeit des Stadtzentrums als besonders positiv bewertet, und daß Ziele zügig per Rad erreichbar seien.

Alle Ergebnisse auf der interaktiven Karte hier <http://www.fahrradklima-test.de/karte>.

FABIAN WULF

Staatshaftungsanspruch

Kritik an WAV und Bürgermeister Stahl

Wie sich jetzt aus der Antwort der Landesregierung auf eine parlamentarische Anfrage des Landtagsabgeordneten Péter Vida ergibt, hat der hiesige Abwasserzweckverband seinen Staatshaftungsanspruch gegenüber dem Land immer noch nicht beziffert.

Obwohl die Bernauer Stadtverordnetenversammlung (StVV) bereits im September letzten Jahres beschlossen hat, beim Land Schadensersatzanspruch anzumelden und diesen so zeitnah wie möglich zu beziffern, hat dies der Wasser- und Abwasserverband WAV Panke/Finow bis heute nicht getan. Damit droht Schaden für das Verbandsgebiet und somit die Mitgliedsgemeinden, zu denen auch Bernau gehört.

Seit der Beschlußfassung sind acht Monate vergangen, das Land gerät zunehmend unter Druck und sieht sich Rückzahlungsforderungen ausgesetzt, doch beim WAV und in Bernau handeln die Verantwortlichen nicht.

Die Fraktion BVB/Freie Wähler fordert Bürgermeister André Stahl auf, in der Verbandsversammlung endlich darauf hinzuwirken, daß der Schadensersatzanspruch beziffert wird. Es ist nicht einzusehen, daß der Bürgermeister die Landesregierung aus parteipolitischen Kalkül schon und somit eine Verzögerung der Anspruchsanmeldung zulasten Bernaus in Kauf nimmt. Es ist das vitale Interesse der Stadt Bernau als Mehrheitsvertreter in der Verbandsversammlung, endlich darauf hinzuwirken. Der Versuch, die Diskussion aus der Stadtverordnetenversammlung herauszuhalten und formalistisch auf die Verbandsversammlung zu verweisen, wird der Betroffenheit der Stadt nicht gerecht.



Der nunmehr dreijährige Kampf um die historischen Klandorfer Dorfstraßen geht ins Finale. Ab 12. Juli werden die Gemeindevertreter von Schorfheide über die Zukunft der Dorfstraße entscheiden: Instandsetzung oder Neu-/Ausbau. Am 14. Juni führt die Gemeinde eine Anliegerversammlung mit Visualisierung der möglichen Bauvarianten und der auf die einzelnen Grundstückseigentümer potentiell entfallenden Anliegerbeiträgen durch. Anschließend erfolgt die Befragung der Grundstückseigentümer. Nachfolgend die Wortmeldungen von Anwohnern.
LUTZ PAPROTH, BI für den Erhalt der historischen Dorfstraßen in Klandorf

»Naturhaus Schorfheide«

Wir wenden uns an Sie mit einer ungewöhnlichen Bitte zur Wirtschaftsförderung: Wir haben das unter Denkmalschutz stehende Märkische Mittelfurhaus in der Dorfstraße 59 in Klandorf erworben und stehen nun nach über einem Jahr Vorbereitung und Abstimmung mit dem Denkmalschutz kurz vor dem Baubeginn.

Dieses wunderbare Vorhaben können wir nur realisieren, indem wir es als Seminarhaus »Naturhaus Schorfheide« der Öffentlichkeit zugänglich machen und vermieten. So wird es insbesondere am nachhaltigen Tourismus interessierte Menschen anziehen, die von Klandorf aus die Schorfheide erkunden werden.

Wir haben uns für Klandorf entschieden, weil Klandorf (noch) das hat, was wir als gestreßte und Autolärm zermürbte Städter suchen: Eine dörfliche und scheinbar verschlafene Idylle, wo wir unsere Kinder frei auf bzw. an der Straße herumlaufen lassen und einmal durchatmen können.

Unabhängig davon, daß wir unser Herz an Klandorf verloren haben, ist es für uns WIRTSCHAFTLICH absolut wichtig, daß dieses idyllische Dorfbild erhalten bleibt!

Die authentische Dorfstraße mit den Sommerwegen und dem alten Baumbestand ist ein baukulturelles historisches Erbe und ein prägendes Element der Kulturlandschaft im Biosphärenreservat Schorfheide. Ein geplanter uniformer Ausbau der Dorfstraße liefe unserem denkmalgeschützten Vorhaben konträr zuwider. Folgen wären der Attraktivitätsverlust und eine Entwertung unseres Projektes.

Wir gehen sogar soweit zu sagen, daß in der Bewahrung des geschichtlich wertvollen Dorfensembles eine wirtschaftliche Zukunft für das gesamte Dorf liegt, ein Potential für Arbeitsplätze und für den Erhalt des Dorfkonsums.

Wir sehen weitere, ähnliche Initiativen im Dorf, die ebenfalls einen SANFTEN TOURISMUS anziehen und damit der gesamten Schorfheide nützen würden.

Wir bitten Sie darum: Unterstützen Sie das Naturhaus Schorfheide! Fördern Sie den sanften Tourismus in der Region durch den ERHALT der alten Dorfstraße in Klandorf! Sie werden es nicht bereuen! Nachfolgende Generationen werden Ihnen für Ihre Weitsicht dankbar sein!

THOMAS und KINGA HILLER-BESSEL

Demokratisches Engagement

Sehr geehrter Herr Pieper, sehr geehrte Damen und Herren des Bauausschusses, die Gemüter rund um das Thema Dorfstraßensanierung sind ja bedauerlicherweise in einem Maße hochgekocht, daß die Gefahr besteht, daß nicht mehr objektive Argumente als mehr das Durchsetzen vorgefertigter Meinungen zu zählen drohen. Es liegen sicherlich alle Argumente auf dem Tisch, dazu gehören ein objektives und fundiertes Gutachten und die wiederholt abgefragte Meinung des Dorfes.

Man kann Klandorf wahrlich nicht vorhalten, es hätte sich nicht demokratisch und kontrovers hitzig engagiert. Bei allem Streß, den viele damit hatten (und noch haben) ist es – gerade im Hinblick auf die aktuelle Politik in anderen Ländern (!) – sehr wohltuend, daß hier solches Engagement möglich ist und gelebt wird – und auch gehört werden muß.

Für welche Variante des Gutachtens sich auch immer das Dorf, das schließlich quasi ausnahmslos mit der Straße leben muß und will, entscheidet: Es wäre ein autokratischer Schlag ins Gesicht der Demokratie, eine große Mehrheit des Dorfes zu übergehen (was in der Tat keinem gut zu Gesichte stünde). Deshalb möchten wir in aller Dringlichkeit appellieren, die ausdrücklich artikulierten Interessen der Anlieger und Bewohner von Klandorf nicht zu übergehen.

VERA SÖDER &
HEINRICH SCHULTE-BAUKLOH

Dorfcharakter hat hohen Wert

Wir haben kürzlich in Klandorf ein Haus gebaut und sind aus Berlin hier hergezogen. Warum Klandorf? Weil Klandorf etwas ganz Besonderes ist. Klandorf hat sich seinen ursprünglichen Charakter bewahren können. Hier ist die Welt noch in Ordnung. Auf der schmalen und zum Glück etwas huplprigen Dorfstraße müssen die Autos langsam fahren. Unsere Kinder lieben das. Sie haben auf der Dorfstraße Rad fahren gelernt, spielen auf der Straße und trauen sich alleine zum Fußball- und Spielplatz. Diese Idylle würde jeder Straßenausbau für immer zerstören.

Dieser Dorfcharakter hat einen so großen Wert, daß er die Grundstücke an der Dorfstraße aufwertet. Die Zerstörung des Ortsbildes durch eine neue Straße würde den Wert der Anliegergrundstücke vermindern! Uns geht es nicht darum, Anliegerbeiträge für den Straßenneubau zu vermeiden oder die Gemeindekasse zu belasten. Wir setzen uns dafür ein, die schöne alte Straße zu erhalten.

Das Gutachten von Herrn Südmeier attestiert eine fast 20jährige Restlaufzeit der Straße. Wir können also in Ruhe gemeinsam Lösungen erarbeiten, mit denen die Mehrheit im Dorf leben möchte. Sie müssen, ja Sie dürfen jetzt nichts erzwingen, was diese erhaltenswerte Dorfidylle für immer kaputt macht.

Dr. WOLFRAM VÖLCKER und
Dr. MALGOSIA JANKOWSKA VÖLCKER

Wissenschaftlich begleitetes Moderationsverfahren für Klandorf

Im Konflikt um die Klandorfer Dorfstraße geht die Gemeinde Schorfheide neue Wege. Ein »Wissenschaftliches Moderationsverfahren« unter Leitung von Prof. JÜRGEN PETERS von der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde soll zu einer Lösung führen – so hatten es die Gemeindevertreter im März beschlossen. Die Mitglieder der Bürgerinitiative erhoffen sich, daß nun ihre Argumente gehört und die Interessen der Klandorfer Berücksichtigung finden werden. In einem Treffen am 8. Mai, an dem die Fraktionsvorsitzenden, der Bürgermeister, der Bauausschußvorsitzende, der Ortsvorsteher, Vertreter des Bauamtes, der Hocheinbaufraktion aus dem Dorf und der Bürgerinitiative teilnahmen, wurde beschlossen, als erstes eine Anliegerbefragung durchzu-

führen. Zur Abstimmung sollen sowohl der von Bürgermeister und Ortsvorsteher favorisierte Hocheinbau mit Verbreiterung, als auch die Instandsetzung der Straße durch Reparatur stehen. Während die Vorsitzenden der oppositionellen Fraktionen (BKB, FW Schorfheide, WIR, B90/Grüne) ankündigten, das Votum bei einer Entscheidung zu berücksichtigen, wollen die Vertreter des Bündnis Schorfheide dies nur tun, wenn nicht die Reparatur mehrheitlich gewählt wird. Die Bürgerinitiative setzt sich für eine Anonymisierung der Stimmen nach deren Auszählung ein. Unterdessen wurde nach Akteneinsicht bekannt, daß die vom Bauamt vorgelegten Zahlen zum geleisteten Unterhalt der Straße unzutreffend sind.

KURT OPPERMANN

Öffne Deine Augen!

Kampagne gegen weibliche Genitalverstümmelung

Alle 11 Sekunden wird ein Mädchen oder eine junge Frau an den Genitalien verstümmelt. Rund 500 Kinder sterben täglich an den Folgen dieser Praktik. Auch in der BRD steigt die Zahl der Betroffenen fortlaufend an. Mindestens 48.000 betroffene Frauen und Mädchen sowie weitere 9.300 von weiblicher Genitalverstümmelung Gefährdete leben in Deutschland.

Wir von TERRE DES FEMMES setzen uns seit Jahren gegen weibliche Genitalverstümmelung ein und wollen Aufmerksamkeit schaffen für diese weit verbreitete Menschenrechtsverletzung. Bitte helfen Sie uns, der Öffentlichkeit die Augen zu öffnen, um Mädchen vor dieser Praktik zu bewahren, die schwere gesundheitliche Folgen hat und bis zum Tode führen kann.

Unsere neue Kampagne »Open Your Eyes!«

soll genau das erreichen. Sie muß nur von möglichst vielen Menschen gesehen werden!

Am 7. Mai 2017, dem Internationalen Tag der genitalen Selbstbestimmung, haben wir gemeinsam mit prominenten UnterstützerInnen und unseren PartnerInnen eine umfassende Social Media-Aktivierungskampagne auf Facebook, Twitter und Instagram gestartet.

Auch Sie können mitmachen!

Bitte unterstützen Sie unser Anliegen und teilen Sie unser Kampagnen Key-Visual in den sozialen Medien. Eine Auswahl an Motiven finden Sie unter <http://www.eyesonfgm.de>. Alternativ könnten Sie auch ein Bild Ihres eigenen Auges als Kampagnen-Motiv nutzen. Vielen Dank! Nur gemeinsam können wir weibliche Genitalverstümmelung überwinden!

TERRE DES FEMMES

weitergeleitet von Dr. WALTRAUD VOIGT

Politputze bei Kreis-Jugendkonvent

»Alles, was ich kaputt mache, kann man reparieren. Die verletzte Menschenwürde allerdings nicht.«, deklariert die seit 1986 tätige Aktivistin für Menschenrechte Irmela Mensah-Schramm. Im März besuchte die couragierte Dame den Kreis-Jugend-Konvent der evangelischen Jugend Barnim, der ein ganzes Wochenende in Zepernick tagte, und berichtete von ihrer selbst aufgetragenen Lebensaufgabe, Haßschmierereien und Naziparolen zu beseitigen. Seit nun über drei Jahrzehnten verläßt die Rentnerin das Haus nicht mehr ohne Sprühflasche, Pinsel und Lösungsmittel. Zu ihrem Vorgehen gehört jedoch nicht nur das Überdecken von menschenverachtenden Äußerungen, sondern auch das Dokumentieren nimmt in ihrer Arbeit einen hohen Stellenwert ein. Mit der Digitalkamera fotografiert Mensah-Schramm die Schmierereien ab, um sie später in Ausstellungen zu veröffentlichen oder in Workshops mit Jugendlichen in Schulen oder sozialen Zentren zu verwenden. Auch den zwanzig Teilnehmenden des Kreis-Jugend-Konvents brachte sie Aufnahmen aus ihrem 16.000 Bilddokumente umfassenden Archiv mit. Beispielsweise verwandelte sie die Parole »Merkel muß weg« in »Merke! Haß weg!« oder sprühte eine Wand mit einem Dutzend aufgesprayten Hakenkreuzen mit einem Dutzend rosa Herzen über.

Doch auch wenn Irmela Mensah-Schramm bereits 1996 mit der Bundesverdienstmedaille für ihre Tätigkeit als »Politputze«, wie sie sich selber nennt, ausgezeichnet wurde, schützt sie das nicht vor Anzeigen wegen Sachbeschädigung. Auch wenn sie eigentlich ja nur bereits erfolgte Sachbeschädigung beschädigt, kann sie wegen Vergrößerung des Sachschadens verklagt werden. Erst kürzlich habe sie wegen eines solchen Falls 450 Euro Strafe zahlen sollen.

Die 72-Jährige antwortete auf die Entscheidung des Gerichts jedoch nur lässig, daß sie, bevor sie wegen Verteidigung der Menschenwürde eine Geldstrafe zahle, lieber ins Gefängnis gehe. »Ich hatte schon lange keinen Urlaub mehr und dort habe ich sicherlich auch genug zu tun«, fügte sie kess hinzu.

Gespannt widmen die Jugendlichen, zwischen 13 und 21 Jahre alt, der früheren Erzieherin und Heilpädagogin ihre volle Aufmerksamkeit, als sie fortfährt von ihren Konfrontationen mit Neonazis, aber auch von Unterstützung Gleichgesinnter zu erzählen. Zum einen schildert sie Begegnungen mit rechts orientierten Gruppen, die sie bei ihren Aktionen ins Gleisbett gestoßen haben, zum anderen berichtet sie von privaten Sponsoren, die ihr eine Bahncard 100 finanzieren, damit sie die Beseitigung von antisemitischen und rassistischen Aufklebern und Graffitis deutschlandweit ausführen kann.

Von der Gastrednerin inspiriert würden viele der Teilnehmenden dem Beispiel Mensah-Schramms am liebsten folgen und ebenfalls Nazischmierereien beseitigen. Anerkennend äußert Theresa Bolte, 15, aus Eberswalde: »Ich halte es für sehr wichtig, solchen rechten Schmierereien Widerstand entgegen zu setzen« und bewunderte Frau Mensah-Schramm dafür, daß sie »das auch in ihrem höheren Alter noch macht«. Florian Ahlhelm, 21, aus Trampe, bedauert nur: »Leider ist es für die eigene Biografie sehr ungünstig, wenn man wegen Sachbeschädigung angezeigt wird, später aber einen sozialen Beruf ausüben möchte«. Immerhin: Sticker mit rechten Äußerungen darf jeder abreißen!

ANNA MAGDALENA RÜSING, Melchow

Barnimer Bürgerpost abonnieren!
www.barnimer-buergerpost.de

Frühling

*Der wahre Frühling kommt bestimmt,
 der die Natur freundlich behandelnde,
 die Menschheit beglückende.
 Fremd jenem erlogenen Frühling,
 auf den das Chaos folgt,
 die Wirrung der Verhältnisse,
 der Rückfall,
 in deren Schutz gut fischen ist.
 Noch ist die Welt so gottverlassen nicht,
 zu glauben den gekauften und gebombten Frühling,
 die geldbewehrte, medial gepuschte
 Heuchelei und Meuchelei.
 Das wuchs aus dem Gleiwitz unsres Jahrhunderts,
 der ruchlosen Tat im September.
 Ein Vorwand,
 globalisierend alsbald geläutert
 zur waffenstarrten Finte
 von Menschenrecht und Demokratie.
 Doch schlecht verbergend
 den gierigen Griff
 nach Öl und allen Ressourcen
 und das Ziel aller Ziele –
 dem zockenden Kapital die Herrschaft
 der Welt ganz einzuspielen.
 Der tätige Zorn aller Vernünftigen
 möge diese wuchernde Katastrophe verhindern.
 Bevor es zu spät ist.
 Wir brauchen den wahren Frühling,
 das Einssein der Völker
 in allseitigem Austausch,
 ohne Raub und Ausbeutung.
 Eben zum Menschsein.*

JÜRGEN ELSNER

Demokratie Reisebuch

Für ein lange geplantes Projekt brauchen wir Unterstützung. Wir erstellen in Kooperation mit dem Bundesnetzwerk für bürgerschaftliches Engagement sowie der Amadeu Antonio Stiftung ein Demokratiereisebuch für Barnim und Uckermark. Wir möchten exemplarisch Initiativen, Netzwerke und Personen vorstellen, die sich kulturell, sozial, politisch oder künstlerisch in der Region engagieren und dabei für eine demokratische Kultur eintreten.

Für uns liegt der Nutzen auf zwei Seiten: Die Leserinnen und Leser sollen sich der Stärke der Region bewußt werden, die nicht auf Ausgrenzung der »Anderen« aus ist. Darüber hinaus kommen wir als Bürgerstiftung mit den Macherinnen und Machern direkt ins Gespräch. Wir erweitern unseren Horizont. Denn wie immer im Leben hat auch eine Organisation nur einen bestimmten Ausschnitt der Aktiven im Blick. Welche Organisationen, Initiativen, Vereine oder Einzelpersonen kommen für das Demokratiereisebuch in Frage?

Wir werden Ende Mai entscheiden, wer aufgenommen werden soll und freuen uns über Rückmeldungen. Das im Magazinstil angelegte »Reisebuch« soll interessierten Leserinnen und Lesern die Region unter diesem speziellen Fokus erschließen.

KAJ JAHNS, Barnim-Uckermark-Stiftung

Bitterfeld, heute ein Ortsteil von Bitterfeld-Wolfen, war in der DDR eine Kreisstadt im damaligen Bezirk Halle im Norden der braunkohlereichen Leipziger Tieflandbucht. Ein bedeutender Industriestandort in einem ausgedehnten Braunkohlerevier, knapp 30.000 Einwohner zählend und 1382 erstmalig als Stadt erwähnt. Seit 1840 erfuhr Bitterfeld einen raschen Aufstieg zur Industriestadt. Viele Industriebetriebe hatten hier ihren Standort, einschließlich die IG-Farben, der insgesamt ein unrühmliches Blatt in der deutschen Geschichte zukommt.

Nach Kriegsende kamen die großen Betriebe in volkseigene Hand und Bitterfeld erlebte mit dem erfolgten Wiederaufbau einen erneuten industriellen Aufschwung.

Zu den dominierenden Betrieben zählten seinerzeit das Chemiekombinat, das Braunkohlkombinat, Rohrwerke und der Rohrleitungsbau. Vom neugegründeten VEB Chemiekombinat Bitterfeld gingen beispielhafte Wettbewerbsinitiativen für die gesamte junge Republik aus. So war es nicht verwunderlich, daß diese Erfolgsschmiede – in der das Arbeitsleben beispielgebend pulsierte – zur Bestimmung von weitreichenden Entwicklungsfragen des ersten Arbeiter- und Bauernstaates in der deutschen Geschichte auserkoren wurde und die in die Geschichte eingingen. Eben dort fanden 1959 und 1964 jene Konferenzen statt, die den Bitterfelder Weg markierten.

Zur ersten Bitterfelder Konferenz hatte am 24. April 1959 der Mitteldeutsche Verlag in den Kulturpalast des VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld, dem späteren Chemiekombinat, eingeladen. Dort sollte geklärt werden, wie den Werktätigen ein aktiver Zugang zu Kunst und Kultur ermöglicht werden kann. Die »vorhandene Trennung von Kunst und Leben« und die »Entfremdung zwischen Künstler und Volk« sollte überwunden werden. Mit dem »Bitterfelder Weg« wurde in der DDR eine neue programmatische Entwicklung der sozialistischen Kulturpolitik eingeläutet und der Weg zu einer eigenständigen sozialistischen Nationalkultur gewiesen. Eine zweite Konferenz wurde am 24. und 25. April 1964 durchgeführt.

Als sichtbaren Ausdruck des »Bitterfelder Weges« gründeten sich die ersten Brigaden, die den Kampf um den Ehrentitel »Brigade der sozialistischen Arbeit« aufnahmen. Im Kreis Eberswalde waren das die Brigade »Rotes Finowtal« im VEB Walzwerk Finow/Warmbandstraße und die Brigade »Przybilla« des VEB Kranbau, Abteilung Stahlbau.

Nach der Zielstellung »Sozialistisch arbeiten, lernen und leben« wurden die Brigadeverpflichtungen sowohl in produktionsseitiger Hinsicht als auch zum geistig-kulturellen Leben erstellt. Besondere Aufmerksamkeit schenkte man der Annäherung von Kunst und Arbeit. Neue und enge Beziehungen zwischen Künstlern, Geistes-schaffenden und Arbeitern sollten helfen, Althergebrachtes zu überwinden. Die Künstler sollten in der Produktion den soziali-

Auf dem Bitterfelder Weg

Eine historische Nachbetrachtung

Was ist das, der »Bitterfelder Weg«? Gewiß handelt es sich dabei weder um einen Fußmarsch noch um einen Wandertag. Eher um eine Wanderung zwischen Fantasie, Realität und Möglichkeiten. Auf jeden Fall war es eine einmalige Bewegung in der deutschen Nachkriegsgeschichte, mit der sich menschliche Potentiale entfalteten, wie es unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen unmöglich ist.



Foto: JURGEN GRANZOW

stischen Menschen in seiner Entwicklung erleben, um ihn künstlerisch gestalten zu können. So arbeitete beispielsweise in der Brigade »Przybilla« im Kranbau/Stahlbau acht Wochen lang ein Mitarbeiter der Wirtschaftsredaktion des Fernsehens der DDR.

Die Brigade baute Auslegersysteme für Kräne, wie Ausleger, Drucklenker und Zuglenker und leistete Zuarbeiten für andere Arbeitsbereiche. Inzwischen war die Entwicklung der Hebezeuge weitergegangen. Das Drehkransystem, das die Drehung des Oberteils auf dem feststehenden Unterbau ermöglichte, gehörte schon bald der technischen Geschichte an. Findige Ingenieure erfanden im Rahmen des Neuererwesens ein neuartiges Bewegungssystem zwischen Ober- u. Unterbau, die Kugeldrehverbindung. Ein Teil wie ein riesiges Kugellager von respektablen Ausmaßen. Zum Aufspannen des Kugelringes auf die Kopfdrehbank galt es eine Spannvorrichtung zu konstruieren und schließlich zu bauen. Die Fertigung übernahm die Brigade »Przybilla« in Feierabendarbeit und bewältigte diese technische Herausforderung hervorragend. Damit hatte die Brigade enorm gepunktet.

Doch ehe die Kugeldrehverbindung aus den Kinderschuhen war, hatte man mit handfesten Problemen zu tun. Das Hartnäckigste von den Hindernissen waren die sogenannten »Fresser«, d.h. die Kugeln liefen sich fest. Bis die richtige Materialzusammensetzung gefunden war, zog sich der Probetrieb hin. Letztendlich lief es rund und die Kugeldrehverbindung wurde in den Produktionsbetrieb eingeführt.

Im Rahmen der Bewegung »Sozialistisch arbeiten, lernen und leben« ergriffen weitere Formen Platz. Beispielsweise wurde der ökonomisch-kulturelle Leistungsvergleich ins Leben gerufen, der Brigadebücherwettbewerb eingeführt und Hobbyausstellungen organisiert. Pro-

duktionsseitig sind solche Lösungen in Erinnerung, wie »Meine Hand für mein Produkt«, »Aus jedem Gramm Material, jeder Stunde Arbeitszeit und Energie den höchsten Nutzeffekt«, oder »Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen«. Bei Letzterem ging es vor allem um Arbeitsschutz und unfallfreies Arbeiten. Der sozialistische Wettbewerb gipfelte im industriellen Bereich in »Persönlich-schöpferischen Plänen« zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, bzw. Kollektiv-schöpferischen Plänen. Konkret ging es um die volle Nutzung der Arbeitszeit bei hoher Qualität der Erzeugnisse, Störzeiten zu senken und mehr zu produzieren bei absoluter Einhaltung der Technologien.

Mitunter hatte die Arbeitsdisziplin Vorbildwirkung und großen Einfluß auf die Steigerung der Arbeitsproduktivität und war somit Zünglein an der Waage.

Der sowjetische Arbeiter Smirnow arbeitete bereits danach. So stand die Smirnow-Methode in den Großbetrieben Kranbau, Walzwerk, Chemische Fabrik, RAW und Rohrleitungsbau in den jeweiligen Brigadeversammlungen auf der Tagesordnung.

Damit möchte ich es bewenden lassen. Nur noch eins. Als erste Brigade unseres Kreises errang die Brigade »Rotes Finowtal« vom VEB Walzwerk Finow/Warmbandstraße den Ehrentitel »Brigade der sozialistischen Arbeit«. Bei den Stahlbauern vom VEB Kranbau um H. Przybilla reichte es zum Erwerb des Ehrentitels auf Anhieb noch nicht. Neben hervorragenden Produktionsleistungen traten bei der Erfüllung der kompletten Zielstellungen und Verpflichtungen insgesamt noch Unzulänglichkeiten auf, die es künftig zu überwinden galt. Die Fähigkeiten dafür waren allemal vorhanden. Doch es war ja noch nicht aller Tage Abend, wie man so zu sagen pflegt.

DIETER KEMPFFERT

Für sozial gerechte Mieten

In Eberswalde sind die Mieten laut Mietspiegel in den letzten zehn Jahren um etwa 30 % gestiegen. Im gleichen Zeitraum haben sich auch die Betriebskosten, insbesondere für Heizung, Strom und Gas beträchtlich erhöht. Nach Abzug der Kosten für das Wohnen bleibt den Bürgern immer weniger Geld zum Leben. Das schmälert den Wohlstand und bewirkt eine verstärkte Armut. Besonders sozial Schwache und ältere Menschen sind von Armut betroffen und können sich ihre Wohnung nicht mehr leisten.

Andererseits hat die stadteigene Wohnungs- und Hausverwaltungsgesellschaft mbH Eberswalde in ihrer Satzung eine Verpflichtung, »...breite Schichten der Bevölkerung der Stadt Eberswalde mit Wohnungen zu sozial vertretbaren Mieten« zu versorgen. Tatsächlich aber ist sie als größter Vermieter in der Stadt mit ihrer Geschäftspolitik zugleich Preistreiber bei den Mieten.

Im Interesse sozial gerechter Mieten in Eberswalde fordern wir:

– Der Bürgermeister der Stadt hat als Gesellschaftervertreter der WHG Einfluß auf die Ge-

schäftspolitik der WHG für sozial gerechte Mieten zu nehmen.

– Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung müssen dafür Sorge tragen, daß die WHG ihren satzungsgemäßen Auftrag für sozial gerechte Mieten erfüllt. Dazu sind ggf. ergänzende Satzungsregelungen zu beschließen.

– Die WHG ist in der Pflicht, durch treuhänderisches Handeln für die Mieter auf die Minimierung der Betriebskosten hinzuwirken.

– Die Geschäftstätigkeit der WHG ist auf die eigentliche Aufgabe der Wohnungswirtschaft zu beschränken. Es sind alle Aktivitäten zu unterlassen, die das Betriebsergebnis zulasten der Mieter schmälern.

– Grundlage der Wohnungsmieten der WHG muß die reale Kostenentwicklung sein. Die einfache Anlehnung der Mietgestaltung an den Mietspiegel steht gegen den Grundsatz der Bereitstellung von Wohnungen mit sozialen Mieten. Als größter Vermieter in der Stadt hat die WHG die Pflicht, dämpfend auf die Mietentwicklung in der Stadt zu wirken.

INTERESSENGEMEINSCHAFT
DER MIETER EBERSWALDE, 1. Mai 2017

Verlagsvorstellung: Corvinus Presse

Am Samstag, dem 27. Mai, um 19 Uhr stellt sich im **Lyrikhaus in Joachimsthal** der Verlag Corvinus Presse vor. Es lesen GERD ADLOFF und PETRUS AKKORDEON. Gisbert Amm spricht mit Verlagsgründer und -betreiber HENDRIK LIERSCH.

Der Eintritt beträgt Eintritt 5 Euro.

GISBERT AMM

Lyrikhaus, Glockenstr. 23, 16247 Joachimsthal

Kostenfreie Rentensprechstunde

Rentenempfänger erhalten an jedem zweiten Mittwoch im Monat Hilfe von der Brandenburgischen Renteninitiative beim Lesen ihrer Rentenbescheide und Formulieren von Widersprüchen. Die nächste Renten-Sprechstunde ist am 14. Juni, 10-12 Uhr, bei der Volkssolidarität, Mauerstr. 17 in Eberswalde.

ANDREA HOEHNE

www.maxe-eberswalde.de

Kommunales Kino im Heidekrug

Am Freitag, dem 26. Mai, zeigt der Verein Kulturhaus Heidekrug 2.0 in Joachimsthal im Kommunalen Kino den Film DER DIE ZEICHEN LIEST von Kirill Serebrennikov (Rußland 2016).

Benjamin weigert sich, am Schwimmunterricht teilzunehmen, aus religiösen Gründen. Was zunächst als Pubertäts-Verwirrung erscheint, wird schnell zum Wahn. Benjamin – eindrucksvoll gespielt von Piotr Skvortsov – hält sich für den Erlöser und verdammt die moderne Verderbtheit. Benjamins Lehrer knicken angesichts der Wucht seines religiösen Wahns bald ein, die Zivilgesellschaft versagt total. Kirill Serebrennikov inszenierte diesen provokanten Film nach dem Stück »Märtyrer« des Marius von Mayenburg. (Länge: 118 Minuten, FSK: 12). Gezeigt wird das russische Original mit Untertiteln.

Eine Woche darauf, am 2. Juni, gibt es den Dokumentarfilm PARCHIM INTERNATIONAL (BRD 2015). Ein Provinzflughafen als Brennpunkt der Globalisierung? Der Film entdeckt in dem kleinen Flughafen einen faszinieren-

den Ort, eine Art Zeitmaschine, in der sich Geschichten aus der weiten Welt und aus der Provinz begegnen, aus den Tiefen der europäischen Geschichte und der globalen Zukunft. Die einen hoffen auf fette Gewinne, die anderen auf einen festen Arbeitsplatz. Das Aufeinandertreffen der Lebenswelten und Glaubenssysteme erzählt der Film als Tragikomödie mit bitteren Einblicken in die skurrile Realität des Kapitalismus. Sieben Jahre lang haben die Filmmacher Stefan Eberlein und Manuel Fenn den Investor Jonathan Pang begleitet. Sie folgen ihm zu neureichen chinesischen Geschäftsleuten, einem freundlichen deutschen Landrat, einer netzwerkenden Bundestagsabgeordneten und in Jonathan Pangs Heimat, die chinesische Provinz Henan. (Länge: 89 Minuten, FSK: 0).

Beginn ist jeweils 19.30 Uhr bei einem Eintrittspreis von 6 Euro.

GISBERT AMM

Kulturhaus Heidekrug 2.0 e.V. · Brunoldstr. 1 · 16247 Joachimsthal · www.heidekrug.org

Wandertips

von BERND MÜLLER

Feldsteinkirche Sternebeck

Sonntag, 28. Mai, Führung mit Förster Gottfried Lehmann (3km)

Altförster Gottfried Lehmann ist Meister seines Faches. Heute führt er zuerst in die Feldsteinkirche zur Besichtigung. Das interessante Dorf mit seinen weiteren Feldsteinbauten wird besichtigt. Dann taucht die Gruppe in das dunkle Bruch ein und begibt sich zur alten Försterei. Die Führung endet am Ausgangspunkt.

Treff: 13.30 Uhr Kirche Sternebeck, Hauptstraße, 15345 Prötzel Ortsteil Sternebeck

Pfingstkonzert am Baasee

Pfingstsonntag, 4. Juni, Wanderung zum Baasee zum Konzert mit tschechischen Musikanten

Der bekannte Baasee-Wirt Klaus Schluchter startet an diesem Tag eine besondere Tour. Es geht durch Kehlen und Schluchten über teils weniger bekannte Wege zum Baasee. Ankunft ca. 14 Uhr. Dort erwartet nach 8 km die Wanderer eine tschechische Blaskapelle in uriger Atmosphäre an der Waldschänke. Kaffee, Kuchen und andere Leckereien werden angeboten. Der Rückweg zum Ausgangspunkt kann individuell über den Pflasterweg (800 m) erfolgen. Die Tour ist Teil der bundesweiten Wanderaktion zur biologischen Artenvielfalt des Bundesamtes für Naturschutz www.wandertag.biologischesvielfalt.de

Treff: 10 Uhr, Schloßplatz Sonnenburg, 16259 Bad Freienwalde Ortsteil Sonnenburg

Das Tal, das die Liebe schuf

Sonntag, 11. Juni, Wanderung im ehemaligen Landkreis Königsberg/Neumark, Tal der Liebe, Willkommen im Tal, das die Liebe schuf... (5 km Spaziergang)

Als im Jahre 1850 Carl Philip von Humbert, der damals Landrat im Kreis Königsberg/Neumark war, eine längere Dienstreise antrat, gestaltete seine Frau Anna Sophie das hügelige Gelände an der Oder zu einem Park um. Im Buchenwald, auf den Moränenanhöhen, wurden Wege gezogen und Zierbüsche und Bäume gepflanzt... Das Tal der Liebe entstand.

Treff: 11 Uhr Vor Hotel »Zur Fährbühne«, Fährweg 17, 16259 Hohenwutzen bei Bad Freienwalde

Mit Förster Schramm zum Liebenstein

Sonntag, 18. Juni, Mit Tobias Schramm (7km)

Vom Bahnhof Niederfinow aus geht es durch idyllische Wald- und Wiesentäler, an der Kaisereiche vorbei hinauf auf den Liebenstein mit seinen Obstbäumen und der Straußenfarm. Über Karlswerk, gelangen wir wieder zu Tale.

Treff: 13.30 Uhr Bahnhofsvorplatz, Am Bahnhof, 16248 Niederfinow

Anmeldung unter 03344/3002881 oder wandermueller@aol.com. Wenn nicht anders angegeben, werden folgende Organisationsgebühren erhoben: Erwachsene 3 €, ermäßigt 1,50 €, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

3. Eberswalder Familienwoche:

»Peter und der Wolf« auf dem Marktplatz

Als Höhepunkt und Abschluß der 3. Eberswalder Familienwoche fand am dritten Mai-Sonnabend auf dem Marktplatz zwischen Rathaus und Paul-Wunderlich-Haus, wie schon im letzten Jahr, ein kostenloses Konzert mit dem Klassiker der Kindermusikliteratur, nämlich »Peter und der Wolf« von Sergej Prokofjew, statt. Das Brandenburgische Konzertorchester unter der Leitung von Holger Schella spielte auf einer großen Bühne, die Richtung Süden zeigte, aber die Sonne machte an diesem Tag mal eine Pause. Stattdessen wärmten die Klänge der unterschiedlichsten Musikinstrumente die Herzen der Kinder.

Als Einstimmung und Demonstration führte das Orchester die »Sinfonie mit dem Paukenschlag« von Josef Haydn auf, bei der ein kleines Mädchen, das sich mutig meldete, die Pauke benutzen konnte. Danach wurde der Dirigent vorgestellt, der nicht nur sinnlos rumstehe, sondern die Lautstärke, den Einsatz und die Pausen vorgebe, wie im präsentierten »Ungarischen Tanz« von Johannes Brahms. Der Mann am Schlagzeug ließ im nächsten Stück, »Zirkus Renz«, das Xylophon ordentlich klingen, und erweckte in dem einen oder anderen Kind bestimmt den Wunsch, auch so spielen zu können.

Derweil fuhr ein Rettungswagen mit Lichtsignal, aber ohne Martinshorn, bis zum Löwen-

brunnen, und die Sanitäter versorgten einen verletzten Radfahrer, der am Rand des Brun- nens saß und sich sein Bein hielt. Unter Schmerzen und mit Hilfe konnte er einsteigen und wurde dann im Krankenhaus weiter ver- sorgt.

Das Konzert, das auch zahlreiche Gäste der beiden Cafés verfolgten, näherte sich nun dem Höhepunkt: Die Moderatorin und Sprecherin Katrin Zimmermann stellte die Protagonisten der Handlung vor: der Vogel (Querflöte), die Ente (Oboe), die Katze (Klarinette), Peter (die Streicher) und der Wolf (die Waldhörner).

Peter geht aus dem Garten hinaus in den Wald, obwohl der Großvater es ihm verboten hat. Aus den Tiefen des Waldes nähert sich nun der große graue Wolf. Die Katze klettert flink mit Klarinettenklängen auf einen Baum. Die Ente springt aus dem Wasser und versucht zu fliehen, aber der Wolf bekommt sie zu fassen und verschlingt sie. Peter klettert unterdessen auch auf einen Baum und läßt ein Seil mit einer Schlinge hinab, um den Wolf zu fangen.

Der Vogel fliegt immer um die Nase des Raubtiers, während dieser um Peters Baum läuft. »Djumm!« schnappt die Falle zu! Die Schlinge bekommt den Schwanz vom Wolf zu fassen und dieser wehrt sich verzweifelt, aber vergeblich, seiner Gefangennahme zu entkom- men. Nun kommen die Jäger aus dem Wald,

mit dem Zupfen der Geigen angedeutet, und schießen auf den Wolf. Die Pauke kommt wie- der zum Einsatz.

»Halt, halt!« ruft Peter, »ich habe den Wolf doch schon gefangen!« Die Jäger führen den Wolf ab, und wie in einem Triumphzug folgen der Vogel und Peter. Am Ende der Prozession geht die Katze und der Großvater (das Fagott), der kritisch zu denken gibt: »Und was, wenn Peter den Wolf nicht gefangen hätte, was dann?« Die Ente hört man leise aus dem Bauch des Wolfes wehklagen, denn in seiner Gier hatte er sie lebendig verschlungen. Großer Applaus!!!

Zur Pippi-Longstrumpf-Melodie durften alle Kinder am Ende vorne tanzen und hüpfen, und so klang die Familienwoche würdig aus. Auch zahlreiche Eberswalder, die Mieter bei der WHG sind, und kostenlos derweil den Zoo besuchen konnten, waren es zufrieden.

JÜRGEN GRAMZOW

Die »Rote Liste«

Wem soll man das erklären, weshalb viele Milliarden für Aufrüstung in der Welt ausgege- ben werden? Ich denke da an die »Rote Liste«, wo alle Tierarten unter Schutz gestellt werden, die vom Aussterben bedroht sind. Sie dürfen nicht gejagt, oder getötet werden. Sehr schön!

Fehlt auf der »Roten Liste« nicht auch die Art Mensch? Ist diese Art nicht bedroht, von den macht- und geldgierigen Kriegstreibern ausgerottet zu werden?

Den Friedenskräften, die dies verhindern wollen, werden Steine in den Weg gelegt. Ich frage Euch: Wo bleibt unser »Recht auf Frie- den«? Frieden und Völkerfreundschaft sei un- ser wichtigstes Ziel!

ELISABETH MONSIG

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 17. Mai 2017

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zu- sendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonne- ment 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+. Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 14. Juni 2017.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

IBAN BIC Bank

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde (Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)